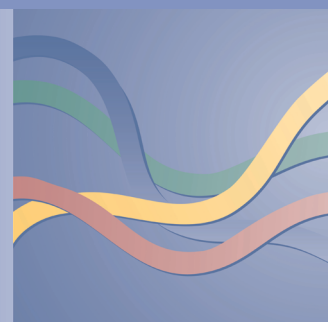


GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PROGNOSE der OeNB für Österreich 2020 bis 2023

Zweite COVID-19-Welle verzögert Konjunkturerholung



Zweite COVID-19-Welle verzögert Konjunkturerholung

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2020 bis 2023
vom Dezember 2020

Gerhard Fenz und Martin Schneider¹
Redaktionsschluss: 1. Dezember 2020

1 Zusammenfassung

Österreichs Wirtschaft erholte sich vom tiefen Konjunkturerbruch im ersten Halbjahr 2020 über die Sommermonate rascher als erwartet. Die gegenwärtige zweite Infektionswelle führt jedoch zu einem erneuten Konjunkturerbruch im vierten Quartal. Dieser dürfte allerdings im Vergleich zum Frühjahr nur halb so stark ausfallen. Die weitere Konjunkturerholung wird maßgeblich vom Verlauf der COVID-19-Pandemie bestimmt. Unter der Annahme, dass eine dritte Ansteckungswelle im Frühjahr 2021 verhindert werden kann und einem daraus abgeleiteten schrittweisen Auslaufen der gesundheitspolitischen Maßnahmen im ersten Halbjahr 2021 sowie einer mit Jahresende 2021 erfolgreich umgesetzten medizinischen Lösung erwartet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) einen kräftigen konjunkturellen Aufholprozess. Nach einem Rückgang des realen BIP im Ausmaß von 7,1% im Jahr 2020 wird für die Jahre 2021 bis 2023 mit Wachstumsraten von 3,6%, 4,0% bzw. 2,2% gerechnet. In der zweiten Jahreshälfte 2022 erreicht das heimische BIP real wieder das Vorkrisenniveau. Dabei unterstützt der angenommene rasche Rückgang der Sparquote – nach dem starken Anstieg 2020 – die Erholung des privaten Konsums. Gegenüber der Prognose vom Juni 2020 blieb die Wachstumsprognose für 2020 praktisch unverändert. Für 2021 musste die Juni-Prognose jedoch – bedingt durch die ausgeprägte zweite Pandemiewelle und den dadurch erforderlichen zweiten Lockdown – um 1,3 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Der nun später im Jahr 2021 einsetzende Aufschwung führt hingegen zu einer Aufwärtsrevision für das Jahr 2022 um 1,3 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition steigt 2020 auf 10,2% und sinkt bis 2023 nur geringfügig auf 8,9%. Ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit wird durch die Kurzarbeitsprogramme verhindert. Trotz des massiven Konjunkturerbruchs sinkt die HVPI-Inflation im Jahr 2020 nur moderat auf 1,3%. Im weiteren Prognosezeitraum steigt sie auf 1,7% an. Das gesamtstaatliche Defizit (Maastricht) steigt aufgrund der umfangreichen fiskalischen Maßnahmen und der Wirkung der automatischen Stabilisatoren im Jahr 2020 auf 9,2% des BIP, wird sich jedoch bis 2023 wieder deutlich auf 1,4% des BIP zurückbilden.

1.1 Pandemieverlauf bestimmt weitere Konjunkturerholung

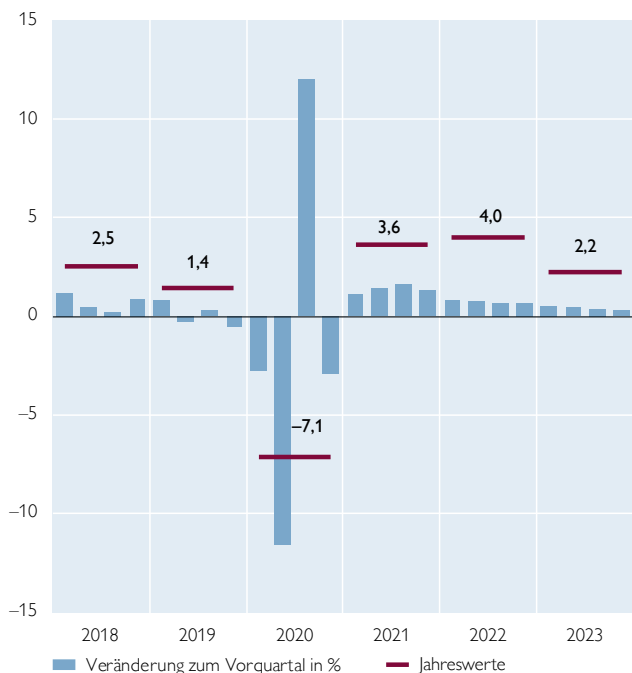
Der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität im Frühjahr 2020 war weniger tief und die Erholung seit Mai 2020 stärker als erwartet. Die gegenwärtige zweite Infektionswelle und die in vielen Ländern notwendigen gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung führten jedoch zu einer vorübergehenden Unterbrechung der Erholung. Eine medizinische Lösung in Form von Impfstoffen wird zwar bereits zu Jahresbeginn 2021 zur Verfügung stehen, eine effektive globale Umsetzung wird jedoch wahrscheinlich Zeit brauchen und erst mit Jahresbeginn 2022

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerhard.fenz@oenb.at, martin.schneider@oenb.at. Unter Mitarbeit von Friedrich Fritzer, Ernest Gnan, Walpurga Köhler-Töglhofer, Christian Ragacs, Lukas Reiss, Beate Resch, Doris Ritzberger-Grünwald und Klaus Vondra.

Hauptergebnisse der Prognose

Wachstum des realen BIP

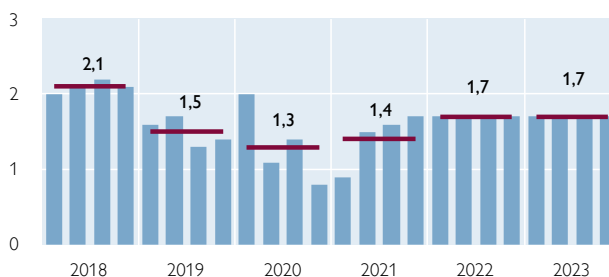
Veränderung zur Vorperiode in % (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Quelle: WIFO, Statistik Austria, AMS; OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

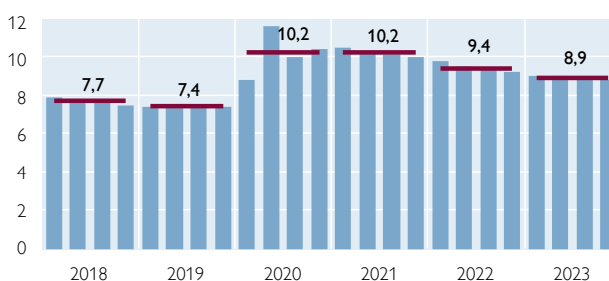
Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Veränderung zum Vorjahr in %



Arbeitslosenquote lt. AMS

in %



abgeschlossen sein. Es wird daher nur eine schrittweise Lockerung der Maßnahmen angenommen: Im ersten Quartal 2021 sowie in geringerem Ausmaß auch noch im zweiten Quartal 2021 wird die wirtschaftliche Aktivität in und außerhalb Österreichs daher noch durch die Pandemie belastet.

1.2 Wachstumsverluste des zweiten Lockdowns nur halb so groß wie im Frühjahr

Der zweite Lockdown wird zu einem deutlich geringeren Einbruch der Wirtschaftsleistung führen als der erste Lockdown im Frühjahr. Wir erwarten, dass das BIP in den Wochen während des Lockdowns um 13% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgehen wird, im Frühjahr war das Minus mit 25% fast doppelt so hoch. Zu den wichtigsten Gründen für die geringere Betroffenheit zählen geringere Störungen der globalen Wertschöpfungsketten, keine Produktionsschließungen, Lerneffekte und die geringere Unsicherheit sowie größere Zuversicht angesichts einer sich abzeichnenden medizinischen Lösung.

1.3 Aufwärtstrend bei den Güterexporten, aber erneuter Einbruch im Tourismus

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie trafen die österreichische Exportwirtschaft im zweiten Quartal 2020 mit voller Wucht. Mit der schrittweisen Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen in Österreich und in seinen wichtigsten Handelspartnern setzte im dritten Quartal 2020 jedoch eine rasche Erholung ein.

Die zweite Infektionswelle dürfte zu keinem erneuten Einbruch im Güterhandel führen und dessen Wachstum nur geringfügig dämpfen. Bei den Tourismusexporten muss hingegen erneut mit hohen Verlusten gerechnet werden. Insgesamt ist für das Gesamtjahr 2020 mit einem Rückgang der Exporte von Gütern und Dienstleistungen von über 10 % zu rechnen. Im Laufe des Jahres 2021 wird mit einer kräftigen Konjunkturerholung in allen wichtigen Export-Zielländern gerechnet.

1.4 Zwangs- und Vorsichtssparen führen zu Einbruch des privaten Konsums

Der private Konsum war 2020 durch die beiden Lockdowns stark betroffen. Die Einschränkungen der Konsummöglichkeiten haben zu einem starken Anstieg der Sparquote geführt. Zusätzlich zu diesem Zwangssparen hat die erhöhte Einkommensunsicherheit Vorsichtssparen ausgelöst. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen wurden durch massive staatliche Transfers gestützt und sind daher – angesichts der tiefen Rezession – mit –3,0 % vergleichsweise moderat gesunken. Im Verhältnis dazu wird der private Konsum im Jahr 2020 sehr deutlich um 8,8 % zurückgehen. Spiegelbildlich steigt die Sparquote von 8,2 % im Jahr 2019 auf 13,7 % im Jahr 2020. Im Jahr 2021 erwarten wir bei stagnierenden Realeinkommen durch einen Rückgang der Sparquote ein Konsumwachstum von 3,9 %. Dieses Wachstum wird im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung die Beschäftigung und Haushaltseinkommen stützen und die Unsicherheit abbauen; im Jahr 2022 wird es sich auf 4,7 % beschleunigen.

Die Investitionstätigkeit war im Vergleich zu anderen Rezessionen im Jahr 2020 relativ gering betroffen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden im Jahr 2020 um 4,1 % zurückgehen und damit weniger stark als die gesamtwirtschaftliche Aktivität (–7,1 %). Mit der erwarteten globalen Erholung werden die Investitionen im Laufe des Jahres 2021 wieder deutlich steigen. Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sollten zusätzlich stützend wirken. Nach einem Wachstum von 4,0 % im Jahr 2021 wird der Investitionszyklus im Jahr 2022 mit einem Plus von 4,7 % seinen Höhepunkt erreichen.

1.5 Kurzarbeit verhindert stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit

Der Wirtschaftseinbruch verringert im Jahr 2020 das Arbeitsvolumen der unselbstständig Beschäftigten um 8,8 %. Der Beschäftigungsabbau fällt dank des massiven Einsatzes von Kurzarbeit jedoch mit –2,3 % vergleichsweise moderat aus. Im Jahr 2021 wird mit einem leichten Anstieg der Beschäftigung gerechnet. Diese wird voraussichtlich zu Jahresbeginn 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen und mit der prognostizierten Konjunkturerholung im Jahr 2022 kräftig steigen (+2,1 %). Die Arbeitslosigkeit laut AMS steigt 2020 um 2,8 Prozentpunkte auf 10,2 % und wird 2021 auf diesem Niveau verharren. In den beiden Folgejahren wird im Zuge der Konjunkturerholung mit einem geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 9,4 % und 8,9 % gerechnet.

1.6 Inflation sinkt angesichts des massiven Konjunkturreinbruchs vergleichsweise moderat

Laut OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2020 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr leicht sinken und bei 1,3 % zu liegen kommen. Die COVID-19-Pandemie und der damit einhergehende gesamtwirtschaftliche Nachfrageausfall drücken die Preise von Industriegütern ohne Energie und Dienst-

leistungen. Zusätzlich wird die Inflation durch niedrige Energiepreise gedämpft. Im Jahr 2021 steigt die HVPI-Inflationsrate angesichts weiterhin bestehender freier Produktionskapazitäten nur moderat auf 1,4% an und erreicht in den Jahren 2022 und 2023 jeweils 1,7%.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2020 für Österreich

	2019	2020	2021	2022	2023
Wirtschaftliche Aktivität					
Veränderung zum Vorjahr in % (real)					
Bruttoinlandsprodukt	+1,4	-7,1	+3,6	+4,0	+2,2
Privater Konsum	+0,8	-8,8	+3,9	+4,7	+2,0
Öffentlicher Konsum	+1,4	+0,7	+1,2	+0,8	+0,9
Bruttoanlageinvestitionen	+3,9	-4,1	+4,0	+4,7	+2,7
Exporte insgesamt	+2,9	-11,8	+5,4	+5,5	+3,7
Importe insgesamt	+2,5	-11,0	+4,1	+5,8	+3,8
in % des nominellen BIP					
Leistungsbilanzsaldo	2,8	2,4	2,4	2,3	2,4
in Prozentpunkten					
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP¹					
Privater Konsum	+0,2	-3,3	+1,4	+1,7	+0,7
Öffentlicher Konsum	+0,2	+0,1	+0,2	+0,1	+0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+0,5	-0,5	+0,6	+0,6	+0,4
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+1,0	-3,7	+2,1	+2,4	+1,3
Exporte	+0,7	-3,7	+1,5	+1,5	+1,1
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	+0,0	-0,2	-0,3	+0,1	+0,1
Preise					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+1,5	+1,3	+1,4	+1,7	+1,7
Deflator des privaten Konsums	+1,9	+0,9	+1,0	+1,7	+1,8
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+1,7	+0,9	+0,2	+1,5	+1,7
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+2,4	+5,8	-0,7	+0,2	+1,9
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+2,7	+0,1	+2,1	+2,3	+2,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+2,2	+7,5	-0,8	+0,8	+2,6
Importpreise	+0,3	-1,7	+1,4	+1,9	+1,7
Exportpreise	+0,0	-0,3	+1,5	+1,7	+1,8
Terms of Trade	-0,3	+1,4	+0,0	-0,1	+0,0
Einkommen und Sparen					
Real verfügbares Haushaltseinkommen					
	+1,3	-3,0	+0,2	+2,3	+1,8
in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens					
Sparquote	8,2	13,7	10,0	7,9	7,7
Arbeitsmarkt					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-2,3	+0,7	+2,1	+1,6
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	+1,9	-8,8	+3,5	+3,5	+1,6
in % des Arbeitskräfteangebots					
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,5	5,3	5,6	5,1	4,8
Arbeitslosenquote gemäß AMS	7,4	10,2	10,2	9,4	8,9
in % des nominellen BIP					
Öffentliche Finanzen					
Budgetsaldo	+0,7	-9,2	-6,3	-2,9	-1,4
Schuldenstand	70,5	83,3	86,4	84,4	82,5

Quelle: 2019: Statistik Austria; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

¹ Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

1.7 COVID-19 verursacht massives Budgetdefizit im Jahr 2020: gradueller Abbau in den nächsten Jahren

Durch den starken Wirtschaftseinbruch sowie die umfangreichen fiskalischen Stützungsmaßnahmen verschlechtert sich der Budgetsaldo 2020 auf etwa $-9,2\%$ des BIP (nach $+0,7\%$ des BIP 2019). In den Folgejahren ermöglichen das Auslaufen vieler diskretionärer Maßnahmen (insbesondere Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz) und die konjunkturelle Erholung wieder einen graduellen Abbau des Defizits, sodass für 2023 ein Budgetsaldo von $-1,4\%$ des BIP erwartet wird. Durch die hohen Defizite sowie die schwache BIP-Entwicklung steigt die Staatsschuldenquote 2020 und 2021 sehr stark an (auf $83,3\%$ bzw. $86,4\%$ des BIP) und geht danach bis 2023 geringfügig auf $82,5\%$ des BIP zurück.

2 Annahmen zum weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie und zu den internationalen Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose für die österreichische Gesamtwirtschaft ist der Beitrag der OeNB im Rahmen der Projektionen des Eurosystems vom Dezember 2020. Der Prognosehorizont reicht vom vierten Quartal 2020 bis zum vierten Quartal 2023. Die Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft, zu Zinssätzen, Wechselkursen und Rohölpreisen berücksichtigen Entwicklungen bis einschließlich 18. November 2020. Die Prognose wurde unter Verwendung des makroökonomischen Quartalsmodells der OeNB, basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemäß Eurostat-Vorgabe, erstellt. Die Daten, die von Statistik Austria am 1. Dezember veröffentlichten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, liegen bis zum dritten Quartal 2020 vor.

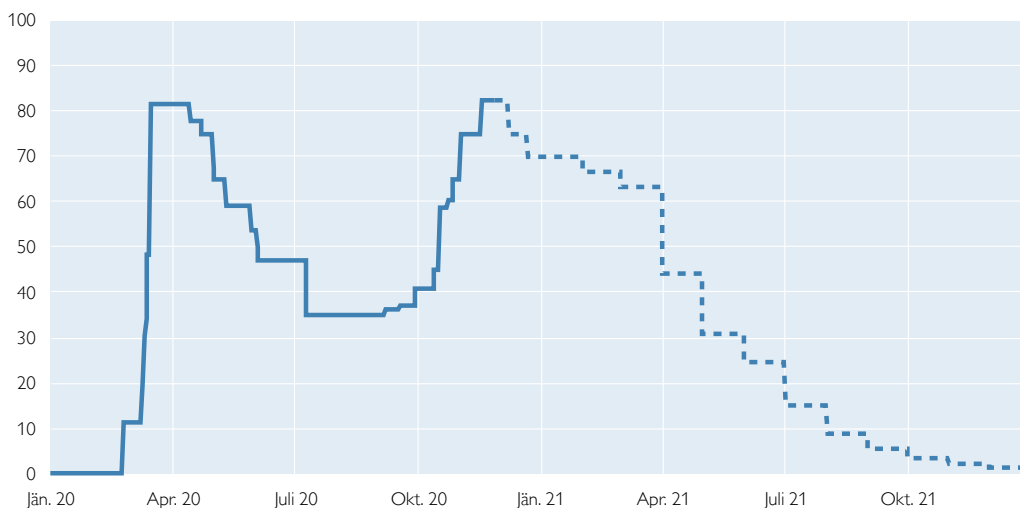
Die Projektionen des Eurosystems basieren auf gemeinsamen Annahmen über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie. Diese Annahmen gelten für die Prognosen aller nationalen Zentralbanken des Eurosystems. Auf ihnen basieren auch die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung der Handelspartner außerhalb des Euroraums.

Es wird angenommen, dass die in vielen Ländern seit Herbst 2020 verhängten Lockdown-Maßnahmen die zweite Infektionswelle im vierten Quartal 2020 erfolgreich eindämmen werden, dass aber auch in den kommenden Monaten immer wieder mit dem erneuten Auftreten von Ansteckungs-Clustern gerechnet werden muss. Ein dritter Lockdown im ersten Halbjahr 2021 wird nicht unterstellt, aber es werden weiterhin Eindämmungsmaßnahmen notwendig sein, um ein Ansteigen der Infektionszahlen zu begrenzen. Diese Maßnahmen werden im Laufe des Jahres 2021 schrittweise zurückgefahren. Eine medizinische Lösung in Form von Impfstoffen wird zwar bereits zu Jahresbeginn 2021 zur Verfügung stehen, die effektive Umsetzung wird jedoch annahmegemäß Zeit brauchen und erst mit Jahresbeginn 2022 abgeschlossen sein. Dadurch wird auch der wirtschaftliche Erholungsprozess im Jahr 2021 noch gedämpft.

Für Österreich wird angenommen, dass der mit 17. November in Kraft getretene zweite harte Lockdown die Zahl der Neuinfektionen deutlich senken wird, aber nicht stark genug, um mit 7. Dezember alle Lockdown-Maßnahmen aufheben zu können. Es wird eine schrittweise Lockerung der Maßnahmen unterstellt; insbesondere im ersten Quartal 2021 und in geringerem Ausmaß auch noch im zweiten Quartal 2021 wird die wirtschaftliche Aktivität in Österreich durch Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie belastet. Besonders betroffen bleibt die heimische Tourismuswirtschaft. Es wird zwar angenommen, dass die heimischen Hotels während des

Oxford Stringency Index für Österreich

in % der maximalen Restriktionen



Quelle: University of Oxford, OeNB.

Großteils der Wintersaison geöffnet sein dürfen, aber die von vielen Ländern für Österreich ausgesprochenen Reisewarnungen noch einige Zeit bestehen bleiben und daher die Nächtigungszahlen der ausländischen Gäste in der Wintersaison 2020/2021 um mehr als 60 % im Vergleich zum Vorjahr einbrechen werden.

Grafik 2 zeigt den Verlauf des *Oxford Stringency Index für Österreich*². Er erfasst das Ausmaß der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Er setzt sich aus 8 Einzelindikatoren (Schulschließungen, Arbeitsplatzschließungen, Absage öffentlicher Veranstaltungen, Versammlungsverbote, Einschränkungen des öffentlichen Verkehrs, Ausgangssperren, inländische Reisebeschränkungen, internationale Reisebeschränkungen) zusammen. Ein Wert von 100 wird erreicht, wenn alle erfassten einschränkenden Maßnahmen in vollem Ausmaß umgesetzt werden. Während der beiden Lockdowns erreichte der Indikator Werte von knapp über 80. Die Werte bis 27. November sind die durch die University of Oxford veröffentlichten Werte, die späteren spiegeln die für den weiteren Pandemieverlauf getroffenen Annahmen der Prognose wider.

Weitere externe Annahmen der Prognose gehen von einem Nachfragerückgang nach österreichischen Exporten aufgrund der globalen Wirtschaftskrise gemäß der Prognose des Eurosystems im Jahr 2020 um 10,1 % aus. Für die Jahre 2021 bis 2023 wird ein durchschnittliches Wachstum von rund 5 % erwartet. Der für den Prognosehorizont unterstellte kurzfristige Zinssatz basiert auf den Markterwartungen für den Drei-Monats-EURIBOR. Dieser liegt für den Prognosezeitraum nahezu konstant bei -0,5 %. Die langfristigen Zinssätze orientieren sich an den Markterwartungen für Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und steigen im Prognosezeitraum von -0,39 % im vierten Quartal 2020 auf -0,10 % im

² Der Stringency Index ist ein Teilindikator des von der University of Oxford entwickelten „Oxford COVID-19 Government Response Tracker“. Dieser enthält Informationen zu Maßnahmen der Regierungen als Reaktion auf die Pandemie. Er enthält 19 Indikatoren für mehr als 180 Länder. Siehe dazu Hale T. et al (2020): Variation in government responses to COVID-19. Blavatnik School of Government-WP 2020/032. Oktober.

vierten Quartal 2023 an. Für die weitere Entwicklung des USD-EUR-Wechselkurses wird von einem konstanten Kurs von 1,18 USD je Euro ausgegangen. Die unterstellte Entwicklung der Rohölpreise orientiert sich an den Terminkursen, die nach dem nachfragebedingten deutlichen Einbruch im Jahr 2020 einen leichten Aufwärtstrend aufweisen. Nach 41,6 USD je Barrel Brent im vierten Quartal 2021 wird der Preis demgemäß im weiteren Prognosezeitraum schrittweise auf 47,3 USD im vierten Quartal 2023 ansteigen. Die Preise für Rohstoffe ohne Energie folgen im Prognosehorizont ebenfalls den Terminkursen.

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird im Prognosehorizont wesentlich vom Verlauf der COVID-19-Pandemie bestimmt. Der konjunkturelle Einbruch der Weltwirtschaft im Frühjahr 2020 war weniger tief und die Erholung seit Mai 2020 stärker als erwartet. Allerdings deuten rezente Konjunkturdaten auf eine nachlassende Dynamik zum Jahreswechsel 2020/2021 infolge der zweiten Infektionswelle hin.

Nach einem Rückgang im ersten Quartal 2020 um 3,1% sank das globale BIP (ohne Euroraum) im zweiten Quartal um 5,7%. Die Erholung im dritten Quartal fiel mit +6,1% kräftiger aus als erwartet, es wird sich aber aufgrund der aktuell von vielen Ländern verhängten Eindämmungsmaßnahmen im Schlussquartal deutlich verlangsamen. Für das Gesamtjahr 2020 wird mit einer tiefen globalen Rezession gerechnet. Das BIP der Weltwirtschaft ohne Euroraum wird im Jahr 2020 um 3,0% zurückgehen – im Vergleich dazu verzeichnete es während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 ein geringfügiges Wachstum von 0,2%. Für

Tabelle 2

Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

	2019	2020	2021	2022	2023
	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>				
Bruttoinlandsprodukt					
Welt ohne Euroraum	+2,9	-3,0	+5,8	+3,9	+3,6
USA	+2,2	-3,6	+3,8	+2,2	+1,8
Japan	+0,7	-5,3	+2,8	+1,3	+0,8
Asien ohne Japan	+5,1	-0,8	+8,4	+5,4	+5,4
Lateinamerika	-0,3	-7,8	+5,5	+3,0	+2,7
Vereinigtes Königreich	+1,3	-11,3	+3,8	+2,1	+1,3
Neue EU-Mitgliedstaaten ¹	+3,9	-4,8	+3,4	+4,4	+3,3
Schweiz	+1,1	-4,5	+2,9	+1,9	+1,7
Euroraum ²	+1,3	-7,3	+3,9	+4,2	+2,1
Welthandel (Importe i. w. S.)					
Welt	+0,6	-9,5	+7,1	+4,3	+3,6
Welt außerhalb des Euroraums	-0,4	-9,2	+7,1	+3,9	+3,4
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums (real)	+0,6	-10,7	+6,6	+4,1	+3,2
Wachstum der österreichischen Exportmärkte (real)	+2,1	-10,1	+6,3	+5,5	+3,8
Preise	<i>absolut</i>				
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	64,0	41,6	44,0	45,7	46,9
Drei-Monats-Zinssatz in %	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5
Langfristiger Zinssatz in %	0,1	-0,2	-0,3	-0,2	-0,1
USD-EUR-Wechselkurs	1,12	1,14	1,18	1,18	1,18
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro (Euroraum-Index)	115,5	119,2	121,6	121,6	121,6

Quelle: Eurosystem.

¹ Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

² 2019: Eurostat; 2020 bis 2023: Ergebnis der Dezember Projektion 2020 des Eurosystems.

die Jahre 2021 bis 2023 zeichnet sich angesichts der erwarteten medizinischen Lösung und unterstützt durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik ein kräftiger Aufschwung mit Wachstumsraten zwischen 4% und 6% ab. Für den Welthandel ohne Euroraum wird aufgrund von Unterbrechungen der internationalen Produktions- und Lieferketten für 2020 mit $-9,2\%$ ein noch stärkerer Einbruch als für das BIP erwartet, während die Erholung im weiteren Prognosezeitraum nur unwesentlich stärker als beim Weltwirtschaftswachstum sein wird.

Sowohl die Industrieländer als auch die Schwellenländer werden im Jahr 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung erleiden, wobei dieser in den Industrieländern stärker ausfallen wird. Die Entwicklung in den Schwellenländern verläuft sehr heterogen. China beispielsweise, das früher als andere Länder mit der Lockerung der Containment-Maßnahmen begonnen hat, wird als einzige große Volkswirtschaft der Welt 2020 ein positives Wachstum aufweisen ($+1,8\%$) und auch in den Folgejahren stärker als die Weltwirtschaft wachsen. In anderen Schwellenländern wie Indien oder Lateinamerika, in denen die Gesundheitssituation deutlich angespannter und der wirtschaftspolitische Spielraum zur Unterstützung der Wirtschaft begrenzter ist, wird es nach einem deutlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 noch länger dauern, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht wird.

Gestützt durch eine akkommodierende Geld- und Fiskalpolitik und Nachhol-effekte im privaten Konsum, setzte in den Industrieländern – nach dem tiefen Einbruch im ersten Halbjahr 2020 – über den Sommer eine kräftige Erholung ein. Die gegenwärtige zweite Infektionswelle führt zu einer vorübergehenden Unterbrechung der Erholung im vierten Quartal 2020 und zu Beginn des Jahres 2021.

Der Einbruch der US-Wirtschaft wird im Jahr 2020 mit $-3,6\%$ geringer ausfallen als in Europa. Ein eventuelles Maßnahmenpaket der neuen US-Regierung stellt ein Aufwärtsrisiko für die Wachstumsprognose 2021 ($+3,8\%$) dar. Die Prognose für das Vereinigte Königreich basiert auf der Annahme, dass mit Ende der Übergangszeit der Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU ab dem Jahr 2021 nach WTO-MFN-Regeln (Meistbegünstigungsprinzip) erfolgt. Dieser „harte Brexit“ bremst die Erholung der britischen Wirtschaft, die aufgrund eines schweren Pandemie-verlaufs im Jahr 2020 um über 10% einbrechen wird, im Prognosezeitraum merklich. Insgesamt wird das Wachstum in den Jahren 2021 bis 2023 um mehr als 2 Prozentpunkte niedriger ausfallen als im Falle einer dem CETA-Abkommen zwischen Kanada und einer der EU ähnlichen Verhandlungslösung.

Auch der Euroraum wird im Jahr 2020 gemäß der aktuellen Prognose des Eurosystems infolge der COVID-19-Pandemie eine tiefe Rezession erleiden. Die Wirtschaftsleistung wird um rund $7\frac{1}{2}\%$ einbrechen. Maßnahmen zur Eindämmung der zweiten Infektionswelle werden die Wirtschaft, wenn auch in einem abnehmenden Ausmaß, auch noch im Jahr 2021 belasten. Dank der erheblichen Unterstützung durch die Fiskal-, Arbeitsmarkt- und Geldpolitik wird für die Jahre 2021 und 2022 dennoch ein kräftiges Wachstum von jeweils rund 4% erwartet. Die Euroraum-Länder sind von der Pandemie unterschiedlich stark betroffen. Von den großen Volkswirtschaften verzeichnen Italien, Spanien und Frankreich überdurchschnittlich hohe wirtschaftliche Einbußen, Österreichs wichtigster Handelspartner Deutschland hingegen unterdurchschnittliche.

Die Wirtschaftsentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern ist eng mit jener des Euroraums verbunden und war in den letzten Jahren durch einen steten Aufholprozess charakterisiert. Im Jahr 2020 wird das Wachstum noch um

über 2 Prozentpunkte über jenem des Euroraums liegen. Die COVID-19-Pandemie und die Unsicherheiten über den künftigen EU-Haushalt (einschließlich des Aufbauplans NGEU „NextGenerationEU“), die die öffentliche Investitionstätigkeit in der Region belasten, führen dazu, dass dieser Aufholprozess im weiteren Prognosezeitraum zu einem Stillstand kommt.

3 Einbruch von Konsum und Exporten löst Rezession in Österreich aus

3.1 Einbruch der Weltwirtschaft führt zu starkem Rückgang der österreichischen Exporte

Die Exportkonjunktur in Österreich begann sich bereits im Laufe des Jahres 2019 infolge der Schwierigkeiten der deutschen Automobilindustrie und des Handelskonflikts zwischen den USA und China deutlich abzukühlen. Im Jahr 2020 trafen dann die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie die österreichische Exportwirtschaft mit voller Wucht. Die realen Exporte sanken im zweiten Quartal um fast 20 % gegenüber dem Vorjahr. Produktions- und Lieferausfälle in allen wichtigen Weltregionen sowie Schwierigkeiten im grenzüberschreitenden Güterverkehr führten zu Unterbrechungen in den globalen Wertschöpfungsketten. Grenzsicherungen und Reisewarnungen brachten den internationalen Reiseverkehr zum Erliegen.

Mit der schrittweisen Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen in Österreich und in seinen wichtigsten Handelspartnern setzte im dritten Quartal 2020 eine Erholung der Exportkonjunktur ein. Die massiven Störungen in den globalen Produktionsprozessen wurden bis zum Ende des Sommers schneller und umfangreicher behoben, als vielfach erwartet worden war. Der Wert der österreichischen Güterexporte erreichte im Oktober erstmals seit Ausbruch der Krise wieder das Vorjahresniveau. Auch die Sommersaison im Tourismus verlief etwas besser als erwartet, besonders im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern. Nach einem Minus von fast 100 % während des Lockdowns im Frühjahr lagen die Nächtigungszahlen ausländischer Gäste in den Sommermonaten „nur“ noch um rund ein Viertel unter den Vorjahreswerten.

Der am 17. November 2020 in Kraft getretene zweite Lockdown in Österreich dürfte zu keinem zweiten Einbruch im heimischen Güterhandel führen (siehe Kasten 1). Die heimische Tourismuswirtschaft muss jedoch erneut mit sehr hohen Verlusten rechnen. Die von vielen Ländern ausgesprochenen Reisewarnungen für Österreich ließen die Nächtigungszahlen ausländischer Gäste bereits im Oktober um zwei Drittel einbrechen. Mit der Schließung der Beherbergungsbetriebe für Nicht-Geschäftsreisende Anfang November wird es wie schon im Frühjahr zu einem fast 100-prozentigen Ausfall kommen. Insgesamt ist für das Gesamtjahr 2020 mit einem Rückgang der realen Exporte um 11,8 % zu rechnen.

Im Jahr 2021 wird mit einer kräftigen Konjunkturerholung in allen wichtigen Export-Zielländern gerechnet. Die Nachfrage auf den österreichischen Exportmärkten wird im Jahr 2021 um 6,3 % steigen und sich auch in den Folgejahren mit 5,5 % und 3,8 % dynamisch entwickeln. Das Wachstum der österreichischen Exporte wird im Jahr 2021 mit 5,4 % leicht unter dem Wachstum der Exportmärkte bleiben und in den Jahren 2022 und 2023 jenem der Exportmärkte entsprechen. Die für das Jahr 2021 erwarteten Marktanteilsverluste von 0,9 Prozentpunkten sind auf zwei Gründe zurückzuführen. Erstens schlägt sich im Außenhandel – bedingt durch den im Vergleich zu Österreichs Handelspartnern hohen Anstieg der Exportpreise – die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit um 2,6 Prozent

im Jahr 2020 mit einer Verzögerung nieder. Zweitens zeichnet sich ein schwieriges erstes Halbjahr 2021 im Tourismus ab. Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Nächtigungszahlen ausländischer Gäste im ersten Quartal 2021 um mehr als 60 % unter dem Vorjahreswert liegen werden. Im weiteren Jahresverlauf wird es im Einklang mit den Annahmen zur weiteren Entwicklung der Pandemie zu einer schrittweisen, aber nicht vollständigen Erholung im Tourismus kommen.

Im Vergleich zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 ist der Einbruch der realen Exporte in Jahr 2020 um rund 2 Prozentpunkte schwächer, umgekehrt wird auch die Erholung nach der Krise weniger kräftig ausfallen. Der

Tabelle 3

Wachstum und Preise in der österreichischen Außenwirtschaft

	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Exporte					
Preise der Wettbewerber auf Österreichs Exportmärkten	+1,8	-2,9	+0,7	+1,9	+1,8
Exportdeflator	+0,0	-0,3	+1,5	+1,7	+1,8
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ¹	+1,7	-2,6	-0,7	+0,1	+0,0
Nachfrage auf Österreichs Exportmärkten (real)	+2,1	-10,1	+6,3	+5,5	+3,8
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	+2,9	-11,8	+5,4	+5,5	+3,7
Marktanteile Österreichs	+0,9	-1,7	-0,9	+0,0	-0,1
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Importe					
Preise der internationalen Wettbewerber auf dem heimischen Markt	+1,3	-1,8	+1,5	+1,8	+1,8
Importdeflator	+0,3	-1,7	+1,4	+1,9	+1,7
Österreichische Importe i. w. S. (real)	+2,5	-11,0	+4,1	+5,8	+3,8
Terms of Trade	-0,3	+1,4	+0,0	-0,1	+0,0
	in Prozentpunkten des realen BIP				
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	+0,3	-0,9	+0,9	+0,0	+0,1
	in % des nominellen BIP				
Exportquote	55,7	52,3	53,9	54,7	55,6
Importquote	52,2	48,7	49,6	50,6	51,4

Quelle: 2019: WIFO, Eurosystem; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

¹ Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist als Differenz zwischen der Veränderung der Preise der Wettbewerber auf den österreichischen Exportmärkten und der Veränderung des Exportdeflators definiert.

Tabelle 4

Österreichische Leistungsbilanz

	2019	2020	2021	2022	2023
	in % des nominellen BIP				
Handelsbilanz	3,2	3,6	3,4	3,4	3,4
Güterbilanz	0,8	1,7	1,8	1,5	1,5
Dienstleistungsbilanz	2,5	1,9	1,6	1,8	1,9
Primäreinkommensbilanz¹	0,5	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Sekundäreinkommensbilanz²	-0,9	-0,9	-0,9	-0,9	-0,8
Leistungsbilanz	2,8	2,4	2,4	2,3	2,4

Quelle: 2019: OeNB; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

¹ Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Arbeitsentgelte, Einkommen aus Vermögensanlagen u.a.)

² Bilanz der laufenden Transfers.

Leistungsbilanzüberschuss sinkt 2020 auf 2,4% und wird im weiteren Prognoseverlauf auf diesem Niveau verharren.

Kasten 1

Zweiter Lockdown mit geringeren Wachstumsverlusten

Der am 17. November in Kraft getretene zweite harte Lockdown dürfte zu einem deutlich geringeren Einbruch der Wirtschaftsleistung führen als der erste Lockdown im Frühjahr. Wir erwarten, dass das BIP in den Wochen während des Lockdowns um 13 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgehen wird, im Frühjahr war das Minus mit 25 % fast doppelt so hoch. Zu den wichtigsten Gründen für die geringere Betroffenheit zählen geringere Störungen der globalen Wertschöpfungsketten, weniger (keine) Produktionsschließungen, Lerneffekte und die geringere Unsicherheit angesichts einer sich abzeichnenden medizinischen Lösung.

Die privaten Konsumausgaben dürften während des zweiten Lockdowns ähnlich stark wie im Frühjahr zurückgehen. Die Schließung von Geschäften (mit Ausnahme jener zur grundlegenden Versorgung), Hotels, Restaurants sowie Kultur- Sport- und Freizeiteinrichtungen schränkt die Konsummöglichkeiten erneut stark ein. Mit den Erfahrungen aus dem ersten Lockdown können sich die Unternehmen und Konsumenten jedoch flexibler und schneller auf die Rahmenbedingungen einstellen und alternative Vertriebs- und Kaufmöglichkeiten stärker nutzen als im Frühjahr. Trotzdem dürfte der private Konsum während der Lockdown-Wochen in Summe mit einem Minus von fast 25 % nur geringfügig schwächer als im Frühjahr zurückgehen (–30 %). Die Branchen sind erneut sehr unterschiedlich betroffen. In einzelnen Bereichen wie dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen und den Freizeit- und Kulturdienstleistungen ist mit Ausfällen von mehr als 75 % zu rechnen. Umsatzsteigerungen werden hingegen wie schon im Frühjahr im Lebensmittelhandel erwartet.

Tabelle K1

Wachstumsverluste während der Lockdowns in Österreich

	Zweiter Lockdown (17. Nov.)	Teil-Lockdown (3. Nov.)	Erster Lockdown (16. März)
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %			
Bruttoinlandsprodukt	–13	–7	–25
Privater Konsum	–23	–12	–31
davon: ausgewählte Konsumkategorien			
Lebensmittel	18	18	20
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	–85	–85	–90
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	–75	–75	–80
Exporte	–12	–7	–36
Güter und Dienstleistungen ohne Tourismus	–5	0	–30
Tourismus	–90	–85	–95
Investitionen	–6	–5	–21
Bau	–5	–5	–17
Forschung und Entwicklung	0	0	–10
Ausrüstungsinvestitionen	–10	–8	–32
Öffentlicher Konsum	1	1	1

Quelle: OeNB.

Neben dem privaten Konsum war im ersten Lockdown – mit den Exporten – auch die zweite wichtige Nachfragekomponente stark betroffen. Die nichttouristischen Exporte gingen real um 30 % zurück. Im Frühjahr wurden in vielen Ländern zeitgleich Lockdown-Maßnahmen verhängt, der internationale Güterhandel war mit Grenzschießungen und Handelshemmnissen konfrontiert. Damit verbundene Produktions- bzw. Lieferausfälle führten zu Unterbrechungen der globalen Wertschöpfungsketten. Auch in Österreich kam es aufgrund von (anfänglichen)

Schwierigkeiten bei der Erfüllung gesundheitspolitischer Maßnahmen wie der MNS-Pflicht und der Abstandsregeln zu Produktionseinschränkungen in der exportorientierten Industrie. All diese Schwierigkeiten spielen im zweiten Lockdown keine oder eine deutlich geringere Rolle. Die nichttouristischen Exporte werden daher nur um 5 % zurückgehen. Im Bereich der Tourismusexporte ist hingegen wie im Frühjahr mit einem beinahe Totalausfall während der Lockdown-Wochen zu rechnen.

Vorübergehende Produktionsschließungen haben während des ersten Lockdowns zu einem Rückgang der Bauinvestitionen um knapp 20 % geführt. Im zweiten Lockdown wird aus den oben genannten Gründen nur mit geringen Einschränkungen der Bautätigkeit gerechnet (–5 %). Auch die konjunktur reagiblen Ausrüstungsinvestitionen dürften während des zweiten Lockdowns weniger stark einbrechen. Ausrüstungsinvestitionen weisen von allen Nachfragekomponenten den höchsten Importgehalt auf und sind daher besonders anfällig für Störungen im internationalen Handel. Diese Störungen spielen annahmegemäß während des zweiten Lockdowns eine nur untergeordnete Rolle. Außerdem ist die Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf seit dem Frühjahr deutlich geringer geworden. Mit der sich abzeichnenden medizinischen Lösung werden daher im zweiten Lockdown weniger Unternehmen ihre Investitionsprojekte aufschieben.

3.2 Fehlende Konsummöglichkeiten während der Lockdowns führen zu Zwangssparen bei den privaten Haushalten

Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben die Einkommen der privaten Haushalte spürbar gedämpft. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen sind im ersten Halbjahr 2020 im Vorjahresvergleich um 6,5 % gesunken. Hauptursache für diesen Rückgang waren neben den Arbeitnehmerentgelten die Vermögenseinkommen, die um 46 % gesunken sind. Ausschlaggebend war hier ein Ausschüttungsverbot von Gewinnen und Dividenden bei der Inanspruchnahme des Fixkostenzuschusses.³ Wir gehen für das Gesamtjahr 2020 von einem Rückgang der real verfügbaren Haushaltseinkommen um 3,0 % aus. Ein noch stärkerer Rückgang wird durch massive staatliche Transfers (Arbeitslosengeld, Kurzarbeit, Pensionserhöhungen, Einmalzahlungen, ...) verhindert, die die Einkommen in Summe um vier Prozentpunkte stützen.

Der private Konsum war 2020 von der Pandemie stark betroffen. Die beiden Lockdowns haben die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte deutlich eingeschränkt. Während der fünf Wochen Lockdown in Frühjahr sank der private Konsum nach eigenen Schätzungen um 31 % im Jahresabstand (siehe Kasten 1). In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schlägt sich dies im zweiten Quartal 2020 in einem Rückgang um 11,2 % (gegenüber dem Vorquartal) nieder (nach 4,5 % im ersten Quartal). Die Lockerungen nach Ende des ersten Lockdowns führten zu einer deutlichen Erholung (+12,9 %) im dritten Quartal. Der zweite Lockdown ist sowohl von der (angekündigten) Dauer als auch von den Auswirkungen auf den privaten Konsum etwas schwächer als der erste Lockdown. In Summe erwarten wir für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang des privaten Konsums um 8,8 %.

³ Darüber hinaus gibt es in § 82 Abs. 5 GmbH-Gesetz eine allgemeinere Regel, die Dividenden und Gewinnzahlungen dämpfen könnte: Wenn zwischen dem Bilanzstichtag und der Feststellung des Jahresabschlusses das Gesellschaftsvermögen durch Verluste oder Wertminderungen erheblich und voraussichtlich dauerhaft geschmälert wurde, darf der Bilanzgewinn im Ausmaß der eingetretenen Wertminderung nicht ausgeschüttet werden.

Als Folge des deutlichen Konsumrückgangs steigt die Sparquote 2020 stark. Nach 8,2% im Jahr 2019 wird für 2020 eine Sparquote von 13,7% erwartet. Für den weiteren Verlauf des privaten Konsums ist entscheidend, in welchem Ausmaß die Haushalte ihr Sparverhalten wieder anpassen. Deshalb haben wir die beiden wichtigsten Motive für die beobachtete Änderung der Sparquote – Vorsichtssparen aufgrund der erhöhten Einkommensunsicherheit und Zwangssparen aufgrund des Lockdowns – quantifiziert (Kasten 2). Dabei zeigt sich, dass der starke Anstieg der Sparquote im zweiten Quartal 2020 zur Hälfte auf Zwangssparen und zu einem Fünftel auf Vorsichtssparen zurückzuführen ist.

Vorsichtssparen dürfte aufgrund einer nach wie vor erhöhten Einkommensunsicherheit auch noch im ersten Halbjahr 2021 als Sparmotiv eine Rolle spielen. Beim Zwangssparen ist davon auszugehen, dass dieses mit dem Auslaufen der Eindämmungsmaßnahmen schrittweise auf null zurückgeht und der Konsum dann rasch wieder anspringt. Einen Hinweis auf eine rasche Konsumerholung gibt auch Grafik 2 K2. Hier sind die derzeit und in den nächsten 12 Monaten geplanten größeren Anschaffungen zu sehen, die im Rahmen der Konsumentenumfrage der Europäischen Kommission für Österreich erhoben werden. In normalen Zeiten decken sich diese beiden Einschätzungen weitgehend. Auch während des Einbruchs im April und Mai haben sich die beiden Indikatoren parallel entwickelt. Seither ist jedoch ein deutlicher Anstieg der in den nächsten 12 Monaten geplanten größeren Anschaffungen zu beobachten, während die derzeit geplanten größeren Anschaffungen stagnieren. Da die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie noch bis weit ins Jahr 2021 spürbar sein werden, wird allerdings für das Gesamtjahr 2021 mit 10,0% eine immer noch erhöhte Sparquote erwartet. Erst 2022 wird mit einem Rückgang der Sparquote hin zum Vorkrisenniveau gerechnet. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen werden 2021 aufgrund weiterhin sinkender Vermögenseinkommen und des Auslaufens vieler stützender Maßnahmen der öffentlichen Hand stagnieren. Die Konsumenten werden annahmegemäß ihre Sparneigung reduzieren und so ihre Konsumnachfrage deutlich (+3,9%) gegenüber 2020 ausweiten. Im Jahr 2022 werden die Haushaltseinkommen wieder kräftig wachsen und bei einer fortgesetzt sinkenden Sparquote eine weitere Beschleunigung des Konsumwachstums auf 4,7% ermöglichen.

Diese Prognose ist mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Ein Aufwärtsrisiko für die Sparquote (und damit ein Abwärtsrisiko für den Konsum) besteht darin, dass die Haushalte für die Zeit nach der Überwindung der Krise mit Steuererhöhungen zum Abbau der in der Krise aufgelaufenen Staatsschulden rechnen könnten. Als Abwärtsrisiken für die Sparquote (und somit als Aufwärtsrisiko für den privaten Konsum) können ein stärker als erwarteter Konsumnachholeffekt sowie Verschiebungen in der Zusammensetzung der Haushaltseinkommen genannt werden. Der Anteil der Vermögenseinkommen – die eine deutlich höhere Sparneigung als die anderen Einkommenskomponenten aufweisen – lag im ersten Halbjahr 2020 mit 5 ½% nur mehr bei der Hälfte des Durchschnitts der Jahre 2015 bis 2019.

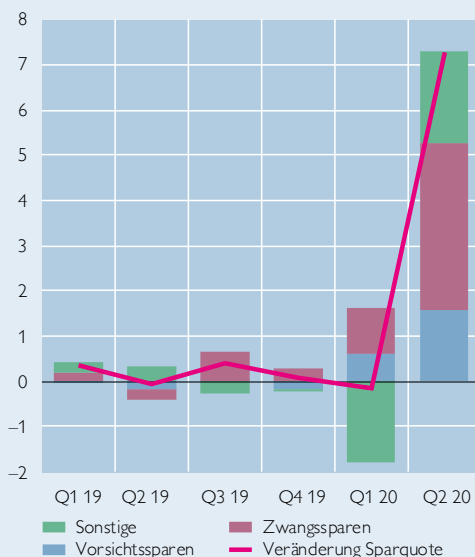
Welche Rolle spielte das Zwangssparen für den Anstieg der Sparquote im zweiten Quartal 2020?

Im zweiten Quartal 2020 kam es zu einem deutlichen Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte auf 15,6% nach 8,3% im ersten Quartal (saisonbereinigt). Durch Geschäftsschließungen und Ausgangssperren während des ersten Lockdowns im Frühjahr waren die Konsummöglichkeiten deutlich eingeschränkt. Gleichzeitig stiegen die Arbeitslosigkeit und damit verbunden die Unsicherheit über die zukünftige Einkommensentwicklung stark an. Der Anstieg der Sparquote dürfte daher auf eine Kombination aus Zwangssparen und Vorsichtssparen zurückzuführen sein. In diesem Kasten versuchen wir eine Quantifizierung der beiden Motive. Dazu schätzen wir eine Gleichung, in der die Sparquote von folgenden Faktoren bestimmt wird: erstens vom Vorsichtssparen. Wir verwenden dazu zwei Proxyvariablen: 1) die Veränderung der Arbeitslosenquote als Indikator für die Einkommensunsicherheit; 2) das derzeitige optimale Sparen laut Konsumentenumfrage der Europäischen Kommission.⁴ Darüber hinaus verwenden wir zwei Variablen, um für weitere Einflussfaktoren zu kontrollieren, nämlich das Vermögen des Haushaltssektors⁵ (in % des BIP) als Proxy für ein gewünschtes Sparniveau und das Wachstum des real verfügbaren Einkommens des Haushaltssektors, um die Sparmöglichkeiten abzubilden. Die Schätzergebnisse sind durchgehend auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant. Die Gleichung kann 78% der Variation der Sparquote erklären. In den ersten beiden Quartalen 2020 steigt das Residuum der Gleichung stark an. Wir interpretieren dies als Indiz für Zwangssparen. Der starke Anstieg der Sparquote im zweiten Quartal um 7,3 Prozentpunkte ist zur Hälfte (51%) auf Zwangssparen und zu rund einem Fünftel (22%) auf Vorsichtssparen zurückzuführen (Grafik 1 K2).⁶

Grafik 1 K2

Bestimmungsgründe der Veränderung der Sparquote

Veränderung zum Vorquartal in %-Punkten

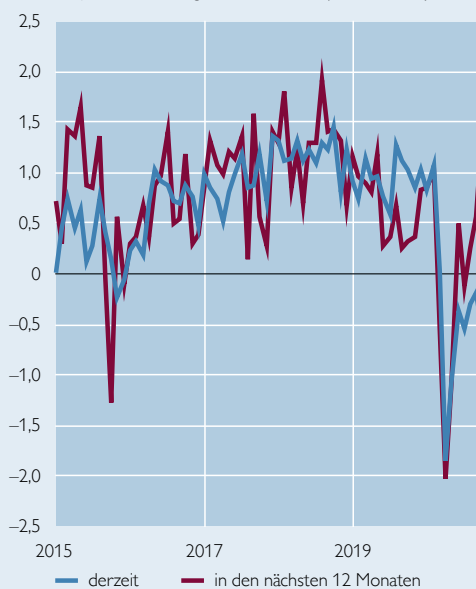


Quelle: Statistik Austria, OeNB, eigene Berechnungen.

Grafik 2 K2

Geplante größere Anschaffungen

Saldo aus positiven und negativen Antworten (standardisiert)



Quelle: Europäische Kommission, Consumer Survey.

⁴ Frage 10: Glauben Sie, dass es in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage derzeit ratsam ist zu sparen?

⁵ Unsere Vermögensvariable setzt sich aus dem Kapitalstock, der Staatsschuld und der Auslandsvermögensposition zusammen.

⁶ Damit ähneln unsere Ergebnisse einer Schätzung, die von der Europäische Kommission im Rahmen ihrer im November veröffentlichten Prognose durchgeführt wurde. Hier wurde die BIP-Prognose mit dem „Global Multi-Country Model“ (einem makroökonomischen Neu-Keynesianischen Modell) zerlegt. Demnach ist rund die Hälfte des Wachstumseinbruchs 2020 auf Sparen zurückzuführen. Zwei Drittel der Ersparnisbildung im Jahr 2020 werden als Zwangssparen identifiziert. (European Economic Forecast Autumn 2020, European Commission, Institutional Paper 136, November 2020).

Durch den starken Anstieg der Sparquote verdoppelte sich im ersten Halbjahr die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte im Jahresabstand mit 13,5 Mrd EUR nahezu. Auffällig ist eine deutliche Strukturveränderung. Die Position „Beteiligungen ohne börsennotierte Aktien sowie Bargeld und sonstige Forderungen“ stieg von 0,7 Mrd EUR im ersten Halbjahr 2019 auf 6,1 Mrd EUR. Der wichtigste Treiber waren Kapitalzuschüsse des privaten Haushaltssektors an Unternehmen, die aufgrund der COVID-19-Pandemie in wirtschaftliche Schieflage geraten sind, in der Höhe von rund 3 Mrd EUR. Ebenfalls gestiegen sind Goldkäufe. Die Bruttoanlageinvestitionen des Haushaltssektors sanken um 5 %, wodurch Mittel für andere Veranlagungszwecke frei wurden.

3.3 Pandemie beendet langen Investitionszyklus

Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie ging ein ungewöhnlich langer und ausgeprägter Investitionszyklus zu Ende. In den Jahren von 2015 bis 2019 stiegen die Bruttoanlageinvestitionen um durchschnittlich 4 % pro Jahr. Zunächst getragen von Ausrüstungsinvestitionen und Investitionen in F&E wurde der Investitionszyklus in den vergangenen drei Jahren auch durch steigende Bauinvestitionen gestützt.

Die pandemiebedingt außergewöhnlich hohe Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung führte dazu, dass viele Unternehmen im Jahr 2020 – vor allem im ersten Halbjahr – ihre Investitionsprojekte einstellten oder in die Zukunft verschoben. Laufende Investitionsvorhaben konnten aufgrund von Liefer- oder Produktionsausfällen nicht vollumfänglich durchgeführt werden. Betroffen waren in erster Linie die konjunktur reagiblen Ausrüstungsinvestitionen, die im zweiten Quartal um über 20 % unter dem Vorjahreswert lagen. Für das Gesamtjahr 2020 wird ein Rückgang von 8,9 % erwartet.

Tabelle 5

Determinanten des nominellen Haushaltseinkommens und Entwicklung des privaten Konsums in Österreich

	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-2,3	+0,7	+2,1	+1,6
Löhne je Beschäftigten	+2,7	+0,1	+2,1	+2,3	+2,6
Arbeitnehmerentgelte	+4,1	-2,1	+2,9	+4,4	+4,2
Vermögenseinkommen	+2,3	-38,4	-14,1	+10,2	+5,1
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	+2,7	-6,6	+2,4	+5,9	+5,0
Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens	in Prozentpunkten				
Arbeitnehmerentgelte	+3,6	-1,8	+2,5	+3,9	+3,7
Vermögenseinkommen	+0,3	-4,4	-1,0	+0,6	+0,3
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	+0,5	-1,1	+0,4	+0,9	+0,8
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern ¹	-1,1	+5,1	-0,8	-1,5	-1,2
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	+3,2	-2,1	+1,2	+4,0	+3,6
Konsumdeflator	+1,9	+0,9	+1,0	+1,7	+1,8
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	+1,3	-3,0	+0,2	+2,3	+1,8
Privater Konsum (real)	+0,8	-8,8	+3,9	+4,7	+2,0
	in % des Wachstums des verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	8,2	13,7	10,0	7,9	7,7

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

¹ Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

Investitionen in Österreich

	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	+3,9	-4,1	+4,0	+4,7	+2,7
davon:					
Ausrüstungsinvestitionen	+4,1	-8,9	+4,9	+7,9	+2,6
Wohnbauinvestitionen	+3,6	-3,7	+1,8	+2,7	+2,4
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	+3,9	-2,6	+6,3	+3,7	+3,4
Investitionen in Forschung und Entwicklung	+3,7	+1,4	+1,8	+3,1	+2,1
Öffentliche Investitionen	+0,5	-1,2	+1,9	+1,9	+0,9
Private Investitionen	+4,4	-4,5	+4,3	+5,1	+2,9
Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen	in Prozentpunkten				
Ausrüstungsinvestitionen	+1,4	-3,1	+1,6	+2,6	+0,9
Wohnbauinvestitionen	+0,7	-0,7	+0,3	+0,5	+0,4
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	+1,0	-0,7	+1,6	+1,0	+0,9
Investitionen in Forschung und Entwicklung	+0,8	+0,3	+0,4	+0,7	+0,5
Öffentliche Investitionen	+0,1	-0,1	+0,2	+0,2	+0,1
Private Investitionen	+3,8	-3,9	+3,7	+4,5	+2,6
Beiträge zum Wachstum des realen BIP	in % des nominellen BIP				
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	+0,9	-1,0	+1,0	+1,2	+0,7
Lagerveränderungen	-0,7	-0,9	-0,3	+0,3	+0,2
Investitionsquote	24,6	25,6	26,0	26,1	26,2

Quelle: 2019: WIFO; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

Stabiler und besser als die Gesamtwirtschaft verläuft hingegen die Baukonjunktur. Nur zu Beginn des ersten Lockdowns war die Bautätigkeit durch einen Mangel an Arbeitskräften und Baustellenschließungen deutlich negativ betroffen. Steigende Immobilienpreise signalisieren eine anhaltend hohe Nachfrage, günstige Finanzierungsbedingungen wirken zusätzlich stimulierend. Insgesamt dürften die Wohnbauinvestitionen im Jahr 2020 um „nur“ 3,7% zurückgehen, andere Bauinvestitionen um 2,6%.

Als einzige Investitionskomponente werden im Jahr 2020 die Ausgaben für geistiges Eigentum steigen (+1,4%). Die Investitionen in Software sowie Forschung und Entwicklung hatten sich schon in den Jahren vor der Krise dynamisch entwickelt. Die Notwendigkeit in diese Bereiche zu investieren ist durch die Krise sogar tendenziell gestiegen, und Lockdown-Maßnahmen stellen im Vergleich zu anderen Investitionskategorien kein größeres Investitionshemmnis dar.

Insgesamt werden die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2020 um 4,1% zurückgehen und damit weniger stark als die gesamtwirtschaftliche Aktivität (7,1%). Das ist bemerkenswert, da die Investitionstätigkeit üblicherweise deutlich volatiler ist als das BIP. Die historischen Schwankungen der Gesamtinvestitionen gemessen an der Standardabweichung sind doppelt so groß wie die des BIP, jene der Ausrüstungsinvestitionen sogar dreimal so groß. Der vergleichsweise moderate Rückgang der Investitionstätigkeit spiegelt den coronabedingt ungewöhnlich starken Einbruch des sonst stabilisierend wirkenden privaten Konsums wider – ein besonderes Merkmal der aktuellen Rezession.

Zu Beginn des Jahres 2021 werden die Folgen des zweiten Lockdowns die Investitionstätigkeit noch etwas dämpfen. Mit der sich abzeichnenden medizinischen Lösung

wird die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und der Welt deutlich sinken und damit jener Faktor, der die Investitionsbereitschaft besonders stark gedämpft hat, an Bedeutung verlieren. Mit der erwarteten globalen Erholung werden die Investitionen daher im Laufe des Jahres 2021 wieder deutlich steigen. Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sollten zusätzlich stützend wirken. Nach einem Wachstum von 4,0 % im Jahr 2021 wird der Investitionszyklus im Jahr 2022 mit einem Plus von 4,7 % seinen Höhepunkt erreichen.

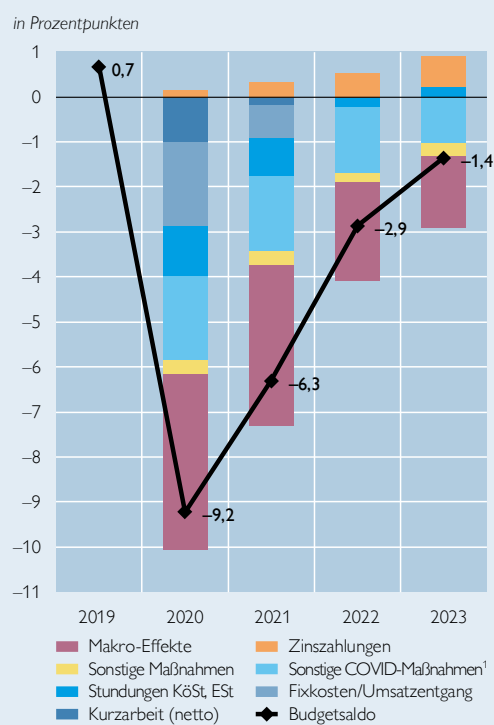
Aufgrund des starken Wachstumseinbruchs des privaten Konsums und der Exporte steigt die Investitionsquote 2020 auf über 25 % an und liegt damit rund zwei Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt. In den Folgejahren wird mit einem weiteren Anstieg auf über 26 % gerechnet.

Kasten 3

COVID-19 verursacht massives Budgetdefizit im Jahr 2020: gradueller Abbau in den nächsten Jahren⁷

Im Jahr 2020 wird sich der Budgetsaldo von einem leichten Überschuss von 0,7 % im Jahr 2019 in ein massives Defizit von 9,2 % des BIP drehen; in den Jahren von 2021 bis 2023 kommt es dann zu einer schrittweisen Verbesserung. Die nebenstehende Grafik zerlegt die Verschlechterung gegenüber 2019 in mehrere Faktoren. Die vier blauen Balken zeigen die Effekte der diskretionären fiskalischen Reaktion auf die Pandemie. Die Subventionen für Kurzarbeit, Fixkosten und Umsatzentgang wirken vor allem im Jahr 2020 und in geringerem Ausmaß im Jahr 2021. Die umfangreichen Stundungen bei der veranlagten Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer führen in den Jahre 2020 und 2021 zu signifikanten Mindereinnahmen gegenüber dem Jahr 2019 (auch wegen der Möglichkeit des Verlustrücktrags), die jedoch anschließend durch Mehreinnahmen wieder teilweise kompensiert werden. Die sonstigen fiskalischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise wirken über den Prognosehorizont hinaus: Dies liegt vor allem an der dauerhaften Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie den über einen relativ langen Zeitraum wirkenden Maßnahmen zur Ankerbelohnung der Sachinvestitionen. Die zusätzlichen Ausgaben für medizinische Ausrüstung, Testungen und Impfungen werden im Jahr 2023 keine nennenswerte Auswirkung mehr haben und fallen selbst 2020 und 2021 budgetär kaum ins Gewicht. Die gelben Balken zeigen den Effekt von vor 2020 beschlossenen Maßnahmen (insbesondere die im Sommer 2019 verabschiedeten Senkungen der Lohn- und Einkommensteuer und Erhöhungen der Pensionen; wobei letztere im November 2020 teilweise rückgängig gemacht wurden). Eine untergeordnete Rolle spielen auch

Grafik 1 K3
Veränderung des Budgetsaldos seit 2019



⁷ Autor: Lukas Reiss, Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, lukas.reiss@oenb.at.

die Belastung der Einlagensicherung durch die Insolvenz der Commerzialbank Mattersburg sowie die ab 2021 erwarteten Mehreinnahmen aus dem erweiterten EU-Budget (v.a. aus der Recovery and Resilience Facility).

Die roten Balken zeigen den Effekt der automatischen Stabilisatoren, der 2020 und 2021 besonders groß ist und bis 2023 deutlich negativ bleibt, da das reale BIP auch 2023 nur etwa 2 % über dem Niveau von 2019 liegen wird. Die Makro-Effekte beinhalten 2020 und 2021 auch die vorübergehende pandemiebedingte Verringerung bestimmter Sachausgaben (u.a. Rehabilitation, Überstunden von Staatsbediensteten außerhalb des Gesundheitsbereichs) und der Produktionserlöse (u.a. Verkehrsbetriebe und Kultureinrichtungen).

Durch die hohen Defizite sowie die schwache BIP-Entwicklung steigt die Staatsschuldenquote 2020 und 2021 sehr stark an und geht danach wieder etwas zurück. Da die hohe Neuverschuldung im Durchschnitt aber zu leicht negativen Renditen finanziert wird, werden die Zinsausgaben trotz der stark steigenden Schuldenquote über den Prognosehorizont weiter sinken. Dieser Faktor trägt auch dazu bei, dass aus aktueller Sicht der Konsolidierungsbedarf nach Ende der Pandemie deutlich geringer sein sollte als nach dem Ende der Rezession 2008/09.

3.4 Beschäftigung sinkt 2020 dank Kurzarbeit nur geringfügig

Der beispiellose Wirtschaftseinbruch im Frühjahr 2020 im Ausmaß von 25 % im Vorjahresvergleich hinterließ auch am Arbeitsmarkt seine Spuren. Innerhalb von nur 2 ½ Wochen stieg die Zahl der Arbeitslosen um über 200.000 an. Durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit gelang es jedoch, die Beschäftigung weitgehend stabil zu halten und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der linke Teil von Grafik 3 zeigt den Anstieg der (saisonbereinigten) Arbeitslosigkeit laut AMS im Vergleich zum vierten Quartal 2019. Im zweiten Quartal 2020 betrug der Anstieg im Durchschnitt 153.000 Personen.

Zusätzlich waren in diesem Zeitraum 882.000 Personen in Kurzarbeit. Berücksichtigt man die durchschnittliche Arbeitszeitreduktion pro Person in Kurzarbeit von 43,5 % in diesem Zeitraum, so kommt man auf eine zusätzliche Reduktion des Arbeitsvolumens im Ausmaß von 394.000 Vollzeitstellen. Diese Zahl kann auch als Obergrenze für die durch die Kurzarbeit geretteten Arbeitsplätze interpretiert werden, da nicht damit zu rechnen ist, dass die Unternehmen im gleichen Ausmaß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekündigt hätten, wie sie Kurzarbeit in Anspruch genommen haben. In Summe führte die Pandemie daher im zweiten Quartal 2020 zu einem Anstieg der (tatsächlichen und durch Kurzarbeit, wie dargestellt, maximal verhinderten) Arbeitslosigkeit um 547.000 Personen. Durch die rasche Erholung nach Ende des Lockdowns gingen sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit deutlich zurück. Während im Mai mit 1,04 Millionen Personen der Höhepunkt erreicht wurde, waren im Juli nur mehr 268.000 Personen in Kurzarbeit. Zum Ende der zweiten Kurzarbeitsperiode im September waren es nach eigenen Schätzungen 140.000 Personen. Im vierten Quartal kommt es aufgrund der rasch gestiegenen Infektionszahlen und des zweiten Lockdowns wieder zu einem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Dieser fällt jedoch deutlich schwächer aus als während des ersten Lockdowns. Die derzeitige Kurzarbeitsregelung (Kurzarbeit III) läuft bis Ende März 2021. Die Bundesregierung hat jedoch bereits angekündigt, die Kurzarbeit im Bedarfsfall für bestimmte Branchen bis September 2021 zu verlängern. Ab dem ersten Quartal 2021 wird mit einem Rückgang der Kurzarbeit gerechnet. Bei der Arbeitslosigkeit erwarten wir den Höhepunkt um den Jahreswechsel und darauffolgend einen nur

graduellen Rückgang im Verlauf des Jahres 2021. Neben der generell verzögerten Reaktion des Arbeitsmarktes auf die Konjunktur wird für 2021 mit dem Auslaufen der Stundungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen mit einer Zunahme von Unternehmensinsolvenzen und damit auch der Arbeitslosigkeit gerechnet.⁸

Im rechten Teil von Grafik 3 ist die Veränderung des Arbeitsvolumens (der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden) seit dem vierten Quartal 2019 abgebildet. Im zweiten Quartal war ein Rückgang um 16 % zu verzeichnen, der sich mit der Erholung im dritten Quartal rasch wieder abschwächte. Zwei Drittel dieses Rückgangs im zweiten Quartal sind auf Arbeitszeitreduktion im Rahmen der Kurzarbeit zurückzuführen, das restliche Drittel auf Beschäftigungsabbau und eine Reduktion der Arbeitsstunden je beschäftigter Person.

Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 2020 um 153.000 Personen gegenüber dem vierten Quartal 2019 laut Daten des AMS schlägt sich in der Arbeitslosenquote laut Eurostat nur in einem sehr geringen Ausmaß nieder. Diese stieg um lediglich 1,2 Prozentpunkte und damit deutlich geringer als die nationale Arbeitslosenquote (4,2 Prozentpunkte). Die Ursache liegt in Unterschieden in der Erhebungsmethode: Während die nationale Arbeitslosenquote auf Basis der beim AMS registrierten Arbeitslosen berechnet wird, beruht die Eurostat-Arbeitslosenquote auf einer Umfrage im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung. Dabei werden nur die Personen als arbeitslos gezählt, die aktiv nach Arbeit suchen. Während des ersten Lockdowns haben viele Erwerbslose nicht aktiv nach Arbeit gesucht, da sie entweder eine Wiedereinstellungszusage ihres Arbeitgebers hatten oder eine Arbeitssuche für aussichtslos hielten. Diese wurden daher nicht als arbeitslos gezählt.

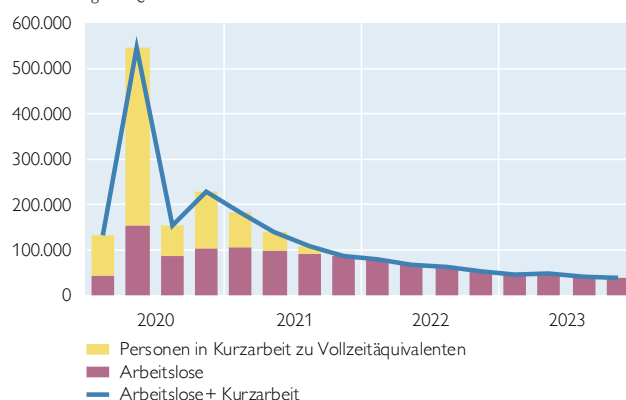
Für das Jahr 2020 verringert sich das Arbeitsvolumen um 7,8 %. Der Beschäftigungsabbau fällt kurzarbeitsbedingt mit $-1,9\%$ vergleichsweise moderat aus. Im Jahr 2021 wird mit einem leichten Anstieg der Beschäftigung gerechnet. Diese wird voraussichtlich zu Jahresbeginn 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen

Grafik 3

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Arbeitslosigkeit und Arbeitsvolumen

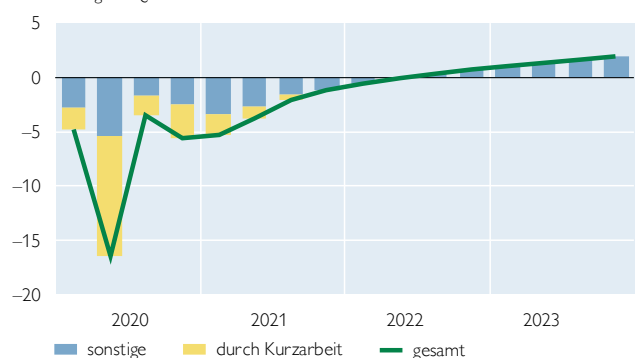
Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

Veränderung seit Q4 19 in Personen



Arbeitsvolumen

Veränderung seit Q4 19 in %



Quelle: AMS, Statistik Austria, OeNB.

⁸ Guth, M., C. Lipp, C. Puhr und M. Schneider (2020): *Modeling the COVID-19 effects on the Austrian economy and banking system*. OeNB Financial Stability Report 40. November. 63–86. Puhr, C. und M. Schneider (2020): *Did the government measures help to prevent insolvencies due to the COVID-19 pandemic? Monetary Policy & the Economy Q4 20–Q1 21*. Im Erscheinen.

Tabelle 7

Arbeitsmarktentwicklung in Österreich

	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Gesamtbeschäftigung (Personen)	+1,1	-1,9	+0,9	+1,9	+1,5
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-2,3	+0,7	+2,1	+1,6
davon: öffentlich Beschäftigte	+0,7	+0,3	+0,1	+0,1	+0,1
Selbstständig Beschäftigte	-0,5	+0,7	+1,7	+0,9	+0,6
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	+1,5	-7,8	+4,2	+3,2	+1,4
Unselbstständig Beschäftigte	+1,9	-8,8	+3,5	+3,5	+1,6
Selbstständig Beschäftigte	-0,2	-2,7	+7,2	+1,8	+0,7
Arbeitskräfteangebot	+0,7	-1,2	+0,9	+1,4	+1,1
Vorgemerkte Arbeitslose	-7,4	+17,8	+5,6	-7,4	-5,7
	in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote					
gemäß Eurostat	4,5	5,3	5,6	5,1	4,8
gemäß AMS	7,4	10,2	10,2	9,4	8,9

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

Tabelle 8

Arbeitnehmerentgelte

	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttolohnsumme ¹					
Nominell	+4,1	-2,1	+2,9	+4,4	+4,2
Konsumdeflator	+1,9	+0,9	+1,0	+1,7	+1,8
Real	+2,3	-3,0	+1,9	+2,7	+2,4
Kollektivvertragslöhne ¹	+3,1	+2,3	+1,5	+1,7	+2,5
Lohndrift	-0,3	-2,2	+0,6	+0,6	+0,1
Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigtem					
Brutto ² , nominell	+2,7	+0,1	+2,1	+2,3	+2,6
Brutto, real	+0,9	-0,8	+1,1	+0,6	+0,8
Netto ³ , real	+0,5	-0,8	+0,8	+0,3	+0,4
Arbeitnehmerentgelt je Stunde					
Brutto, nominell	+2,2	+7,5	-0,8	+0,8	+2,6
Brutto, real	+0,4	+6,6	-1,8	-0,8	+0,8
	in % des nominellen BIP				
Lohnquote	48,5	50,7	50,2	49,6	49,8

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

¹ Gesamtwirtschaft.² Inklusive Dienstgeberbeiträge.³ Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

und mit der prognostizierten Konjunkturerholung im Jahr 2022 kräftig wachsen (+1,9%). Die Arbeitslosigkeit laut AMS steigt 2020 um 2,8 Prozentpunkte auf 10,2% und wird 2021 auf diesem Niveau verharren. In den beiden Folgejahren wird mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 9,4% und 8,9% gerechnet.

Die Löhne profitieren im Jahr 2020 von einer mit +2,3% rückblickend gesehen relativ hohen Kollektivvertragsserhöhung. Aufgrund der Krise ist jedoch mit einem deutlichen Rückgang von Überstunden und sonstigen Überzahlungen und daher mit einer stark negativen Lohndrift zu rechnen. Daher werden die nominellen Bruttolöhne im Jahr 2020 kaum steigen (+0,1%), was zu sinkenden Reallöhnen

(−0,8 %) führt. Die Stundenlöhne – und damit die Kostenbelastung für die Unternehmen – steigen hingegen durch den starken Rückgang des Arbeitsvolumens deutlich an (+7,5 %).⁹

Auf der Basis der bisher im Rahmen der Herbstlohnrunde getätigten Lohnabschlüsse wird für das Jahr 2021 von einem Anstieg der Kollektivvertragslöhne um 1 ½ % ausgegangen. In Verbindung mit einer wieder positiven Lohndrift werden die nominellen Bruttolöhne um 2,1 % steigen, was zu steigenden Nettoreallöhnen (+0,8 %) führt. In den Jahren 2022 und 2023 wird sich das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte annahmegemäß leicht beschleunigen.

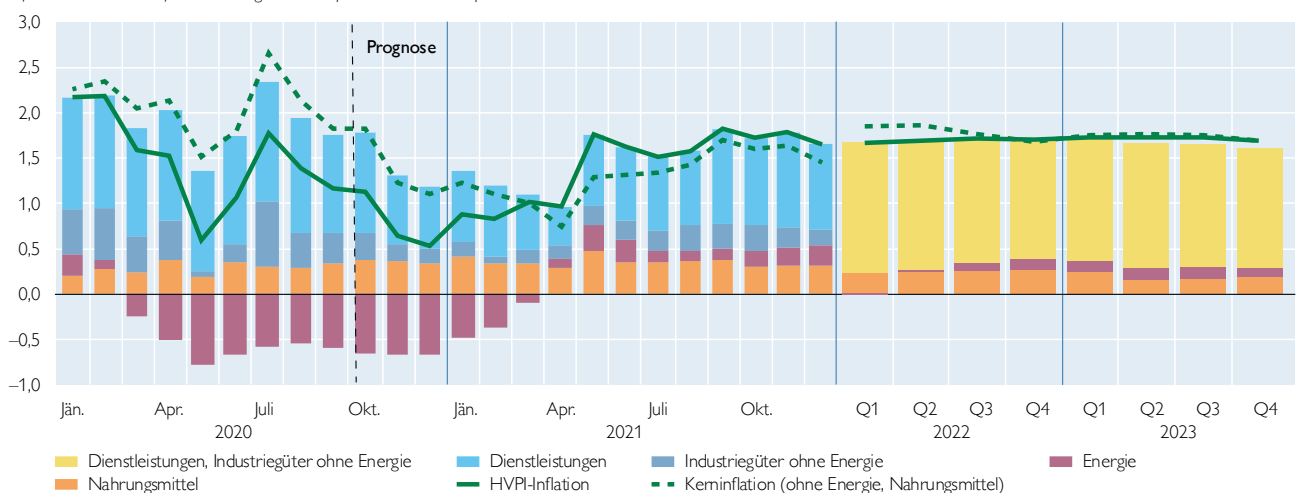
3.5 Gradueller Anstieg der Inflationsrate¹⁰

Laut OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2020 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 1,4 % betragen und 2022 sowie 2023 auf 1,7 % ansteigen (Grafik 1). Bis Anfang 2021 rechnet die OeNB mit inflationsdämpfenden Effekten der Energiekomponente des HVPI. Zudem wird sich die COVID-19-Pandemie und der damit einhergehende gesamtwirtschaftliche Nachfrageausfall auf die Kerninflation (Industriegüter ohne Energie und Dienstleistungen) dämpfend auswirken. Im zweiten Quartal 2021 laufen die Energiepreiseffekte des diesjährigen Rohölpreiserfalls aus. Da auch der inflationsdämpfende Nachfrageeffekt der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 sukzessive schwächer wird, steigt die HVPI-Inflationsrate graduell an. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate sinkt im Jahr 2021 auf 1,3 % und damit unter die HVPI-Inflationsrate. Im weiteren Prognosezeitraum beschleunigt sich die Kerninflationsrate infolge der wirtschaftlichen Erholung bei Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie auf 1,8 % im Jahr 2022 bzw. 1,7 % im Jahr 2023.

Grafik 4

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %, Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

⁹ In den Löhnen laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung sind jedoch die Subventionen wie Kurzarbeit nicht abgezogen, was zu einer Überschätzung der tatsächlichen Kostenbelastung der Unternehmen führt.

¹⁰ Autor: Friedrich Fritzer, Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, friedrich.fritzer@oenb.at.

Energie sowie Industriegüter und Dienstleistungen prägen den Verlauf der Inflationsrate

Die mit März 2020 startende Talfahrt der Ölpreise erreichte Ende April ihren Tiefpunkt und ist seither in einem moderaten Aufwärtstrend. Trotz des jüngsten Anstiegs liegt der Ölpreis aber weiterhin deutlich unter dem Niveau vor Beginn der COVID-19-Pandemie, weshalb die Inflationsrate von Energie bis ins erste Quartal 2021 negativ bleiben wird. Erst ab dem zweiten Quartal 2021 werden die Energiepreise moderat positive Jahresänderungsraten aufweisen.

Bei Industriegütern ohne Energie wurde zuletzt ein Rückgang der Teuerung beobachtet, der sich bis Anfang 2021 fortsetzen wird. Vor allem bei dauerhaften Konsumgütern (z. B. Fahrzeuge, Möbel) dürfte auf Grund der gestiegenen Unsicherheit und der hohen Arbeitslosigkeit ein Rückgang der Teuerung erfolgen.

Nach Beginn der Pandemie ist die Inflationsrate im Dienstleistungssektor nicht wie erwartet deutlich zurückgegangen, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass ein großer Teil der Preise (vor allem im April und Mai 2020 und teilweise auch im Juni und Juli) durch Fortschreibungen bzw. Imputationen ermittelt wurde. Zudem hemmen insbesondere bei Dienstleistungen häufig festgestellte Preisrigiditäten eine rasche Anpassung der Preise an veränderte Nachfragebedingungen. Seit dem Spitzenwert vom Juli 2020 mit 2,8 % hat sich allerdings auch im Dienstleistungssektor ein Rückgang der Teuerung bemerkbar gemacht. In den kommenden Monaten sollte sich dieser Trend fortsetzen. Laut Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission sind die Preiserwartungen der Unternehmen in den von der COVID-19-Pandemie besonders betroffenen Branchen (Luftpersonenverkehr, Hotels und Restaurants) für die nächsten Monate deutlich unterdurchschnittlich. Erst im zweiten Quartal 2021 sollte die Inflationsrate für Dienstleistungen wieder in einen Aufwärtstrend drehen.

Tabelle 9

Preise, Kosten, Produktivität und Gewinne

	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				
HVPI	+1,5	+1,3	+1,4	+1,7	+1,7
HVPI Energie	+0,7	-6,1	+0,5	+0,7	+1,5
HVPI ohne Energie	+1,7	+1,9	+1,3	+1,8	+1,7
Deflator des privaten Konsums	+1,9	+0,9	+1,0	+1,7	+1,8
Investitionsdeflator	+2,1	+1,6	+1,1	+1,6	+1,5
Importdeflator	+0,3	-1,7	+1,4	+1,9	+1,7
Exportdeflator	+0,0	-0,3	+1,5	+1,7	+1,8
Terms of Trade	-0,3	+1,4	+0,0	-0,1	+0,0
BIP-Deflator zu Faktorkosten	+1,8	+0,7	+0,4	+1,6	+1,7
Tariflohnabschlüsse	+3,1	+2,3	+1,5	+1,7	+2,5
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	+2,7	+0,1	+2,1	+2,3	+2,6
Arbeitnehmerentgelte je Stunde	+2,2	+7,5	-0,8	+0,8	+2,6
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	+0,3	-5,3	+2,7	+2,1	+0,7
Arbeitsproduktivität je Stunde	-0,1	+0,8	-0,6	+0,8	+0,7
Lohnstückkosten	+2,4	+5,8	-0,7	+0,2	+1,9
Gewinnspannen ¹	-0,7	-5,1	+1,1	+1,4	-0,2

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

¹ BIP-Deflator durch Lohnstückkosten.

Bei Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) wird für das Jahr 2021 ein Anstieg der Inflationsrate erwartet. Dafür sind vor allem steigende Preiserwartungen für globale Agrarrohstoffe verantwortlich, die zu einem Preisauftrieb bei importierten Nahrungsmitteln beitragen werden. Zudem wird die für das Frühjahr 2021 angekündigte Tabaksteuererhöhung die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Tabak) im Jahr 2021 um 0,2 Prozentpunkte anheben.

4 Prognoserisiken: Wachstum im Jahr 2021 hängt stark von den Annahmen zur pandemischen Entwicklung ab

Die Aussichten für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit von einem sehr hohen Maß an Unsicherheit geprägt. Sie hängen in erster Linie davon ab, ob es gelingt, die Infektionszahlen nachhaltig zu senken. Kurzfristig ist dabei die Wirksamkeit des zweiten Lockdowns entscheidend. Mittelfristig spielt ein wirksamer Impfstoff die zentrale Rolle für die Unterdrückung des Virus. In den letzten Wochen wurden große Fortschritte bei der Entwicklung bekannt. Derzeit (Stand Ende November) stehen drei aussichtsreiche und hochwirksame Impfstoffe kurz vor der Zulassung. In den USA soll noch im Dezember 2020 mit den ersten Impfungen begonnen werden. In Europa – und damit auch in Österreich – sollten die ersten Impfdosen mit Jahresbeginn 2021 verfügbar sein. Damit die Ausbreitung des Virus unterbunden werden kann und damit auch alle noch aufrechten Einschränkungen gelockert werden können, ist jedoch eine ausreichend hohe Durchimpfungsrate der Bevölkerung notwendig. Unsicherheiten bestehen sowohl hinsichtlich der Verfügbarkeit einer ausreichend großen Anzahl an Impfdosen als auch betreffend die Akzeptanz in der Bevölkerung. Um diese Unsicherheiten abbilden zu können, wurden zwei Szenarien gerechnet, die eine aus heutiger Sicht denkbare Bandbreite der Ergebnisse abbilden.

Diese zwei Szenarien wurden von allen an der Erstellung der gemeinsamen Eurosystem-Prognose beteiligten Notenbanken gerechnet. Daher wird neben der inländischen Entwicklung auch das internationale Umfeld in die Szenarien mit einbezogen.

4.1 Mildes Szenario

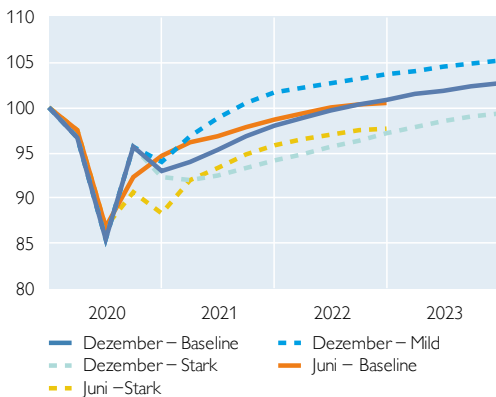
Im milden Szenario wird angenommen, dass der derzeitige Lockdown (von 17. November bis 6. Dezember) ausreichend ist, um die Infektionszahlen deutlich zu senken, und dass danach eine weitgehende Öffnung erfolgen kann. Dies bedeutet, dass der Wintertourismus – wenn auch mit Einschränkungen – stattfinden kann. Das milde Szenario nimmt weiters an, dass es im Verlauf des ersten Quartals zu keinem weiteren Lockdown kommen wird. Aktuell gibt es sehr positive Nachrichten über die Wirksamkeit mehrerer Impfstoffe. Im milden Szenario wird daher die Annahme getroffen, dass bereits zu Jahresbeginn mit Impfungen begonnen wird und dass bis Mitte 2021 eine ausreichende Durchimpfungsrate erreicht wird. Das internationale Umfeld entwickelt sich ebenfalls deutlich besser als im Basisszenario. Die Nachfrage nach österreichischen Exporten steigt 2021 mit 11,6 % um 4,9 Prozentpunkte stärker als in der Baseline.

Die wirtschaftliche Erholung setzt im milden Szenario deutlich früher ein als in der Baseline. Im Jahr 2020 schrumpft die Wirtschaft mit –6,8 % nur unwesentlich schwächer als in der Baseline (–7,1 %). Im Jahr 2021 wird jedoch mit + 7,0 % ein deutlich höheres Wachstum erzielt. Dadurch wird auch bereits in der zweiten

Grafik 5

BIP-Verläufe in den verschiedenen Szenarien

Index (Q4 19 = 100)



Quelle: OeNB.

Jahreshälfte 2021 – und damit ein Jahr früher als in der Baseline – das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Das kumulierte Wachstum der Jahre 2020 bis 2023 liegt in diesem Szenario bei 4,9 % (Baseline: 2,3 %).

4.2 Starkes Szenario

Das starke Szenario deckt die Risiken ab, die von einer ungünstigeren pandemischen Entwicklung ausgehen. Es wird in diesem Szenario angenommen, dass der aktuelle bis 6. Dezember angesetzte Lockdown nicht ausreicht, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bringen. Die einschränkenden Maßnahmen werden über den gesamten Winter aufrechterhalten und bis zur Jahresmitte 2021

nur graduell gelockert. Es wird weiters angenommen, dass eine ausreichende Durchimpfungsrate erst bis Jahresmitte 2022 erreicht wird. Dazu können sowohl Verzögerungen bei der Lieferung einer ausreichenden Anzahl an Impfdosen sowie eine ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber einer Impfung beitragen. Das internationale Umfeld entwickelt sich ebenfalls deutlich ungünstiger; die österreichischen Exportmärkte stagnieren 2021 und wachsen erst im Jahr 2022 wieder.

In diesem Szenario wird im ersten Halbjahr 2021 mit einer Stagnation der Wirtschaftsleistung gerechnet. Im zweiten Halbjahr wird zwar ein Wachstum erwartet, aufgrund des stark negativen vierten Quartals 2020 und dem daraus resultierenden statistischen Überhang wäre jedoch auch im Gesamtjahr 2021 mit einem nur geringen BIP-Wachstum (+0,4 %) zu rechnen. Anders als in der Baseline und im milden Szenario kommt es im starken Szenario kumuliert über die Jahre 2020 bis 2023 zu keinem Wachstum; d.h. das Vorkrisenniveau wird bis zum Ende des Prognosehorizonts nicht erreicht.

Tabelle 10

BIP-Wachstum in den verschiedenen Szenarien

	Dezember			Juni	
	Baseline	Mild	Stark	Baseline	Stark
	Veränderung zum Vorjahr in %				
2020	-7,1	-6,8	-7,2	-7,2	-9,2
2021	3,6	7,0	0,4	4,9	3,5
2022	4,0	3,5	3,3	2,7	3,4
2023	2,2	1,7	2,8	x	x
2020–2023 kumuliert	2,3	4,9	-1,1	x	x

Quelle: OeNB.

4.3 Zusätzliche Risiken

Die beiden Szenarien decken die direkt mit der COVID-19-Pandemie in Zusammenhang stehenden Unsicherheiten ab. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe von weiteren Risikofaktoren für die Prognose.

Die im Vorfeld der US-Präsidentchaftswahlen vorherrschende Unsicherheit hat sich nach der Wahl verringert. Es herrscht jedoch noch immer ein hohes Maß an Unsicherheit über die zukünftige Ausgestaltung der US-Handelspolitik. Ein eventuelles fiskalisches Stimuluspaket der neuen US-Regierung stellt ein Aufwärtsrisiko für die Wachstumsprognose 2021 (+3,8 %) dar. Der aktuellen Prognose liegt die Annahme eines harten „Brexit“ zugrunde, der sich in erster Linie über Handelskanäle negativ auf das Wachstum im Vereinigten Königreich und im Euro-Raum auswirkt. Sollten zusätzlich Verwerfungen auf den Finanzmärkten auftreten, könnten die negativen Effekte stärker als angenommen ausfallen. Umgekehrt würde das Wachstum im Falle einer Verhandlungslösung höher ausfallen. Die Lockerung des Insolvenzrechts sowie Nichtbeantragungen durch die Gesundheitskassen und die Finanzämter haben dazu geführt, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2020 um ein Drittel zurückgegangen ist. Das Auslaufen dieser Maßnahmen im Jahr 2021 birgt das Risiko höherer Insolvenzzahlen und stellt ein Abwärtsrisiko für die Konjunkturerholung dar.

5 Starke Abwärtsrevision für das Jahr 2021

Die Prognose für das Jahr 2020 wurde gegenüber Juni leicht nach oben revidiert (+0,1 Prozentpunkte). Diese Revision ist auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückzuführen. Die Abwärtsrevision historischer Daten des Jahres 2019 führt zu einem niedrigeren statistischen Überhang, der das Wachstum im Jahr 2020 um 0,3 Prozentpunkte dämpft. Das Wachstum im dritten Quartal 2020 fiel hingegen deutlich stärker aus als im Juni erwartet wurde. Dies führt zu einer Aufwärtsrevision der Prognose im Ausmaß von 1,4 Prozentpunkten. Die Prognose für das vierte Quartal

Tabelle 11

Aufteilung der Prognoserevisionen

	BIP			HVPI		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %					
Prognose vom Dezember 2020	-7,1	+3,6	+4,0	+1,3	+1,4	+1,7
Prognose vom Juni 2020	-7,2	+4,9	+2,7	+0,8	+0,8	+1,5
Differenz	+0,1	-1,3	+1,3	+0,5	+0,6	+0,2
	in Prozentpunkten					
Verursacht durch:	-0,2	-1,3	+0,5	+0,0	+0,1	-0,1
Externe Annahmen	+1,4	+2,5	x	+0,3	+0,3	x
Neue Daten ¹	-0,6	x	x	x	x	x
davon: Revision historischer Daten bis Q1 20	+2,1	+2,5	x	+0,3	+0,3	x
Prognosefehler für Q2 und Q3 20	-1,1	-2,5	+0,8	+0,2	+0,2	+0,3
Sonstiges ²						

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2020 und Juni 2020. Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann die Summe der Wachstumsbeiträge aus den einzelnen Revisionen von der Gesamtrevision abweichen.

¹ „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum bzw. die Inflation.

² Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

wurde hingegen aufgrund der zweiten Infektionswelle deutlich zurückgenommen und dämpft damit das Wachstum für 2020 um 1,1 Prozentpunkte.

Die Prognoserevision für 2021 ist ebenfalls auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Das infolge der zweiten Infektionswelle schwächere außenwirtschaftliche Umfeld dämpft die Wachstumserwartungen um 1,3 Prozentpunkte, die Eindämmungsmaßnahmen in Österreich zusätzlich um 2,5 Prozentpunkte. Die stärker als

Tabelle 12

Vergleich der OeNB-Prognosen vom Dezember und Juni 2020

	Dezember 2020				Revisionen seit Juni 2020		
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022
Wirtschaftliche Aktivität							
<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>							
Bruttoinlandsprodukt	-7,1	+3,6	+4,0	+2,2	+0,1	-1,3	+1,3
Privater Konsum	-8,8	+3,9	+4,7	+2,0	-3,0	-2,2	+2,1
Öffentlicher Konsum	+0,7	+1,2	+0,8	+0,9	-0,5	-0,4	+0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-4,1	+4,0	+4,7	+2,7	+2,6	-0,7	+1,6
Exporte insgesamt	-11,8	+5,4	+5,5	+3,7	-0,2	-1,5	+0,8
Importe insgesamt	-11,0	+4,1	+5,8	+3,8	-2,1	-1,6	+2,1
Leistungsbilanzsaldo	+2,4	+2,4	+2,3	+2,4	+0,9	+0,2	+0,0
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP¹							
<i>in Prozentpunkten</i>							
Privater Konsum	-3,3	+1,4	+1,7	+0,7	-1,1	-0,8	+0,7
Öffentlicher Konsum	+0,1	+0,2	+0,1	+0,1	-0,1	-0,1	+0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	+0,6	+0,6	+0,4	+0,3	+0,1	+0,2
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	-3,7	+2,1	+2,4	+1,3	-0,9	-0,9	+0,9
Exporte	-3,7	+1,5	+1,5	+1,1	+0,0	-0,4	+0,2
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	-0,2	-0,3	+0,1	+0,1	+0,1	-0,2	+0,2
Preise							
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+1,3	+1,4	+1,7	+1,7	+0,5	+0,6	+0,2
Deflator des privaten Konsums	+0,9	+1,0	+1,7	+1,8	+0,0	+0,2	+0,2
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+0,9	+0,2	+1,5	+1,7	-0,4	+0,1	+0,1
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+5,8	-0,7	+0,2	+1,9	+1,4	+0,6	-0,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+0,1	+2,1	+2,3	+2,6	+1,1	+0,5	+0,0
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+7,5	-0,8	+0,8	+2,6	+3,9	-0,4	-0,4
Importpreise	-1,7	+1,4	+1,9	+1,7	-1,2	+0,9	+0,6
Exportpreise	-0,3	+1,5	+1,7	+1,8	+0,5	+0,9	+0,1
Terms of Trade	+1,4	+0,0	-0,1	+0,0	+1,7	-0,1	-0,4
Einkommen und Sparen							
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-3,0	+0,2	+2,3	+1,8	-2,6	+0,6	-0,1
<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>							
Sparquote	13,7	10,0	7,9	7,7	+0,3	+2,3	+0,5
Arbeitsmarkt							
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Unselbstständig Beschäftigte	-2,3	+0,7	+2,1	+1,6	-0,1	-1,5	+0,6
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	-8,8	+3,5	+3,5	+1,6	-2,3	-0,8	+0,9
<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>							
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,3	5,6	5,1	4,8	-1,5	-0,2	-0,2
Budget							
<i>in % des nominellen BIP</i>							
Budgetsaldo (Maastricht)	-9,2	-6,3	-2,9	-1,4	-0,3	-2,4	-1,4
Staatsverschuldung	83,3	86,4	84,4	82,5	-1,1	2,7	3,0

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2020 und Juni 2020.

¹ Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

erwartete Konjunkturerholung im dritten Quartal wirkt hingegen auch noch im Jahr 2021 nach (+2,5 Prozentpunkte). In Summe wurde die Wachstumsprognose für das Jahr 2021 um 1,3 Prozentpunkte nach unten revidiert. Da der Aufschwung im Jahr 2021 im Vergleich zur Juniprognose nach hinten verschoben wurde, fällt das Wachstum für das Jahr 2022 hingegen deutlich stärker aus (1,3 Prozentpunkte).

Die Inflationsprognose wurde über den gesamten Prognosehorizont nach oben revidiert. Aufgrund der Unterschätzung der Inflation in der zweiten Jahreshälfte 2020 wurden die Prognosemodelle neu geschätzt, was sich in einer höheren Inflationsprognose niederschlägt. Im Jahr 2022 wird die Aufwärtsrevision zusätzlich durch eine höhere BIP-Prognose getrieben. Die Änderungen der externen Annahmen haben nur einen geringen Effekt.

Tabellenanhang: Detaillierte Ergebnisse

Tabelle 13

Nachfragekomponenten (real)

Verkettete Volumenangaben (Referenzjahr = 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	in Mio EUR					Veränderung zum Vorjahr in %				
Privater Konsum	191.292	174.488	181.358	189.816	193.681	+0,8	-8,8	+3,9	+4,7	2,0
Öffentlicher Konsum	71.787	72.316	73.179	73.753	74.405	+1,4	+0,7	+1,2	+0,8	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	91.585	87.848	91.340	95.653	98.205	+3,9	-4,1	+4,0	+4,7	2,7
davon: Ausrüstungsinvestitionen	31.665	28.832	30.255	32.657	33.510	+4,1	-8,9	+4,9	+7,9	2,6
Wohnbauinvestitionen	16.793	16.179	16.465	16.908	17.312	+3,6	-3,7	+1,8	+2,7	2,4
Investitionen in Nicht-Wohnbauten und Sonstige Investitionen	23.543	22.922	24.369	25.264	26.127	+3,9	-2,6	+6,3	+3,7	3,4
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	4.444	1.388	-403	717	1.410	x	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	359.108	336.040	345.474	359.939	367.701	+1,1	-6,4	+2,8	+4,2	2,2
Exporte insgesamt	214.868	189.477	199.706	210.640	218.491	+2,9	-11,8	+5,4	+5,5	3,7
Importe insgesamt	199.744	177.747	185.000	195.818	203.295	+2,5	-11,0	+4,1	+5,8	3,8
Nettoexporte	15.124	11.730	14.706	14.822	15.197	x	x	x	x	x
Bruttoinlandsprodukt	374.232	347.770	360.180	374.761	382.897	+1,4	-7,1	+3,6	+4,0	2,2

Quelle: 2019: Eurostat; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

Tabelle 14

Nachfragekomponenten (laufende Preise)

	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	in Mio EUR					Veränderung zum Vorjahr in %				
Privater Konsum	205.326	188.981	198.364	211.055	219.190	+2,7	-8,0	+5,0	+6,4	+3,9
Öffentlicher Konsum	77.191	79.188	79.672	80.988	83.034	+3,7	+2,6	+0,6	+1,7	+2,5
Bruttoanlageinvestitionen	97.932	95.436	100.324	106.728	111.203	+6,0	-2,5	+5,1	+6,4	+4,2
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	3.095	-4.257	-8.432	-7.329	-6.723	x	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	383.544	359.348	369.927	391.442	406.704	+3,1	-6,3	+2,9	+5,8	+3,9
Exporte insgesamt	221.313	194.643	208.159	223.355	235.745	+2,9	-12,1	+6,9	+7,3	+5,5
Importe insgesamt	207.458	181.534	191.589	206.604	218.198	+2,8	-12,5	+5,5	+7,8	+5,6
Nettoexporte	13.855	13.109	16.570	16.751	17.547	x	x	x	x	x
Bruttoinlandsprodukt	397.399	372.458	386.498	408.193	424.251	+3,2	-6,3	+3,8	+5,6	+3,9

Quelle: 2019: Eurostat; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

Tabelle 15

Nachfragekomponenten (Deflatoren)

	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	2010 = 100					Veränderung zum Vorjahr in %				
Privater Konsum	107,3	108,3	109,4	111,2	113,2	+1,9	+0,9	+1,0	+1,7	+1,8
Öffentlicher Konsum	107,5	109,5	108,9	109,8	111,6	+2,2	+1,8	-0,6	+0,9	+1,6
Bruttoanlageinvestitionen	106,9	108,6	109,8	111,6	113,2	+2,1	+1,6	+1,1	+1,6	+1,5
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderungen)	107,3	108,7	109,4	111,0	112,9	+2,0	+1,3	+0,7	+1,5	+1,7
Exporte insgesamt	103,0	102,7	104,2	106,0	107,9	+0,0	-0,3	+1,5	+1,7	+1,8
Importe insgesamt	103,9	102,1	103,5	105,5	107,3	+0,3	-1,7	+1,4	+1,9	+1,7
Terms of Trade	99,2	100,6	100,6	100,5	100,5	-0,3	+1,4	+0,0	-0,1	+0,0
Bruttoinlandsprodukt	106,2	107,1	107,3	108,9	110,8	+1,7	+0,9	+0,2	+1,5	+1,7

Quelle: 2019: Eurostat; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

Tabelle 16

Arbeitsmarkt

	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	<i>in Tsd</i>					<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Erwerbstätige insgesamt	4.539,1	4.452,4	4.490,6	4.578,0	4.646,3	+1,1	-1,9	+0,9	+1,9	+1,5
davon: Privater Sektor	3.782,1	3.692,9	3.730,4	3.817,1	3.884,7	+1,2	-2,4	+1,0	+2,3	+1,8
Unselbstständig Beschäftigte gemäß VGR	3.998,6	3.908,1	3.937,0	4.019,0	4.083,6	+1,4	-2,3	+0,7	+2,1	+1,6
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>									
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,5	5,3	5,6	5,1	4,8	x	x	x	x	x
	<i>in EUR je reale Output-Einheit x 100</i>									
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft ¹	58,5	61,9	61,5	61,6	62,7	+2,4	+5,8	-0,7	+0,2	+1,9
	<i>in Tsd EUR je Beschäftigten</i>									
Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft ²	82,4	78,1	80,2	81,9	82,4	+0,3	-5,3	+2,7	+2,1	+0,7
	<i>in Tsd EUR</i>									
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, real ³	44,9	44,6	45,1	45,3	45,7	+0,9	-0,7	+1,1	+0,6	+0,8
	<i>zu laufenden Preisen in Tsd EUR</i>									
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, brutto	48,2	48,3	49,3	50,4	51,7	+2,7	+0,1	+2,1	+2,3	+2,6
	<i>zu laufenden Preisen in Mio EUR</i>									
Arbeitnehmerentgelt insgesamt, brutto	192.769	188.687	194.128	202.638	211.171	+4,1	-2,1	+2,9	+4,4	+4,2

Quelle: 2019: Eurostat; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

¹ Bruttolohnsumme durch reales BIP.

² Reales BIP durch Gesamtbeschäftigung.

³ Bruttolohnsumme je Arbeitnehmer durch Konsumdeflator.

Tabelle 17

Leistungsbilanz

	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	<i>in Mio EUR</i>					<i>in % des nominellen BIP</i>				
Handelsbilanz	12.795,0	13.370,2	13.241,8	13.703,5	14.417,9	3,2	3,6	3,4	3,4	3,4
Güterbilanz	2.981,0	6.339,8	7.139,4	6.246,8	6.169,6	0,8	1,7	1,8	1,5	1,5
Dienstleistungsbilanz	9.814,0	7.030,4	6.102,4	7.456,7	8.248,2	2,5	1,9	1,6	1,8	1,9
Einkommensbilanz	1.983,0	-815,7	-671,4	-671,4	-671,4	0,5	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Transferbilanz	-3.479,0	-3.431,0	-3.437,1	-3.596,3	-3.596,3	-0,9	-0,9	-0,9	-0,9	-0,8
Leistungsbilanz	11.299,0	9.123,5	9.133,3	9.435,8	10.150,1	2,8	2,4	2,4	2,3	2,4

Quelle: 2019: OeNB; 2020 bis 2023: OeNB-Prognose vom Dezember 2020.

Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2020	2021	2022	2023	2020				2021				2022				2023			
					Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Preise, Löhne, Kosten	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>																			
HVPI	+1,3	+1,4	+1,7	+1,7	+2,0	+1,1	+1,4	+0,8	+0,9	+1,5	+1,6	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7
HVPI ohne Energie	+1,9	+1,3	+1,8	+1,7	+2,2	+1,8	+2,2	+1,4	+1,1	+1,1	+1,5	+1,6	+1,9	+1,9	+1,8	+1,7	+1,8	+1,8	+1,8	+1,7
Deflator des privaten Konsums	+0,9	+1,0	+1,7	+1,8	+1,5	+0,7	+1,1	+0,2	+0,4	+1,2	+0,7	+1,6	+1,6	+1,6	+1,7	+1,8	+1,8	+1,8	+1,8	+1,8
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	+1,6	+1,1	+1,6	+1,5	+1,8	+1,7	+1,7	+1,2	+1,0	+1,0	+1,0	+1,4	+1,6	+1,6	+1,6	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,4
BIP-Deflator	+0,9	+0,2	+1,5	+1,7	+1,2	+1,4	+0,6	+0,3	+0,1	-0,4	+0,4	+0,6	+1,1	+1,4	+1,5	+2,0	+2,1	+1,9	+1,6	+1,3
Lohnstückkosten	+5,8	-0,7	+0,2	+1,9	+5,9	+10,0	+3,4	+4,0	-0,2	-4,4	+2,5	-0,3	+1,2	+0,2	-0,6	+0,0	+0,9	+1,5	+2,3	+2,9
Löhne pro Beschäftigten, nominell	+0,1	+2,1	+2,3	+2,6	+2,2	-1,7	+0,2	-0,2	-1,0	+3,6	+3,1	+2,9	+3,8	+2,7	+1,3	+1,3	+2,0	+2,3	+2,8	+3,1
Produktivität	-5,3	+2,7	+2,1	+0,7	-3,5	-10,6	-3,0	-4,0	-0,7	+8,3	+0,5	+3,2	+2,6	+2,5	+1,9	+1,3	+1,1	+0,8	+0,5	+0,2
Löhne pro Beschäftigten, real	-0,7	+1,1	+0,6	+0,8	+0,6	-2,4	-0,8	-0,4	-1,4	+2,3	+2,3	+1,3	+2,2	+1,1	-0,4	-0,4	+0,2	+0,5	+1,0	+1,3
Importdeflator	-1,7	+1,4	+1,9	+1,7	-0,6	-2,6	-1,8	-1,8	-0,5	+1,7	+1,9	+2,6	+2,2	+2,0	+1,8	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,8
Exportdeflator	-0,3	+1,5	+1,7	+1,8	+0,0	-0,6	-0,3	-0,2	+0,4	+1,5	+1,8	+2,1	+1,9	+1,7	+1,7	+1,7	+1,7	+1,8	+1,8	+1,8
Terms of Trade	+1,4	+0,0	-0,1	+0,0	+0,6	+2,1	+1,5	+1,6	+0,9	-0,2	-0,1	-0,5	-0,3	-0,2	-0,1	+0,0	+0,1	+0,1	+0,0	+0,0
Wirtschaftliche Aktivität	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
BIP	-7,1	+3,6	+4,0	+2,2	-2,8	-11,6	+12,0	-2,9	+1,1	+1,4	+1,6	+1,3	+0,8	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,5	+0,4	+0,3
Privater Konsum	-8,8	+3,9	+4,7	+2,0	-4,5	-11,2	+12,9	-4,8	+2,4	+1,4	+1,5	+1,4	+1,2	+0,9	+0,7	+0,5	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4
Öffentlicher Konsum	+0,7	+1,2	+0,8	+0,9	+0,1	+0,5	+0,5	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,3	+0,3	+0,1	+0,1	+0,1	+0,3	+0,3	+0,3	+0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-4,1	+4,0	+4,7	+2,7	-0,2	-7,2	+7,9	-0,5	+0,6	+0,8	+1,5	+1,8	+1,3	+0,9	+0,6	+0,5	+0,7	+0,7	+0,7	+0,7
Exporte	-11,8	+5,4	+5,5	+3,7	-4,2	-18,4	+16,1	-1,4	+0,1	+3,1	+2,9	+1,4	+0,8	+0,9	+0,8	+0,8	+0,7	+1,1	+1,1	+1,2
Importe	-11,0	+4,1	+5,8	+3,8	+0,1	-17,4	+12,1	-1,6	+0,9	+2,6	+2,6	+1,6	+1,3	+1,0	+0,8	+0,7	+0,7	+1,1	+1,3	+1,5
	<i>Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten</i>																			
Inlandsnachfrage	-5,3	+3,2	+3,7	+1,9	-2,4	-7,3	+8,6	-2,5	+1,4	+0,9	+1,2	+1,2	+1,0	+0,7	+0,6	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4
Nettoexporte	-0,9	+0,9	+0,0	+0,1	-2,5	-1,1	+2,4	+0,0	-0,4	+0,4	+0,3	-0,1	-0,2	+0,0	+0,0	+0,1	+0,1	+0,0	-0,1	-0,1
Lagerveränderungen	-0,8	-0,5	+0,3	+0,2	+2,1	-3,2	+1,0	-0,5	+0,1	+0,0	+0,1	+0,1	+0,0	+0,0	+0,0	+0,1	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
Arbeitsmarkt	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>																			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,3	5,6	5,1	4,8	4,5	5,5	5,5	5,8	5,8	5,7	5,6	5,5	5,3	5,2	5,1	5,0	4,9	4,9	4,8	4,7
	<i>Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
Gesamtbeschäftigung	-1,9	+0,9	+1,9	+1,5	-0,4	-4,0	+3,0	-1,1	+0,2	+0,8	+0,7	+0,5	+0,5	+0,3	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4
davon: Privater Sektor	-2,4	+1,0	+2,3	+1,8	-0,4	-4,9	+3,6	-1,3	+0,2	+1,0	+0,8	+0,6	+0,5	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,5
Unselbstständig Beschäftigte	-2,3	+0,7	+2,1	+1,6	-0,4	-4,5	+3,2	-1,3	+0,1	+0,9	+0,7	+0,6	+0,5	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4
Zusätzliche Variablen	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
Verfügbares Haushaltseinkommen	-3,0	+0,2	+2,3	+1,8	-7,1	-1,3	+13,4	-6,4	-1,9	+0,7	+1,1	+0,7	+0,6	+0,4	+0,1	+0,4	+0,7	+0,5	+0,4	+0,5
	<i>in % des realen BIP</i>																			
Output-Gap	-7,3	-4,8	-2,3	-1,6	-3,3	-14,5	-4,3	-7,1	-6,4	-5,4	-4,2	-3,3	-2,8	-2,4	-2,1	-1,8	-1,6	-1,6	-1,6	-1,6

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2020. Quartalswerte saison- und arbeitstägig bereinigt.

Tabelle 19

Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OeNB				WIFO		IHS		OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2020				November 2020		Oktober 2020		Dezember 2020			Oktober 2020		November 2020		
	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2022	2020	2021	2020	2021	2022
Hauptergebnisse																
Veränderung zum Vorjahr in %																
BIP (real)	-7,1	+3,6	+4,0	+2,2	-7,7	+2,8	-6,7	+4,7	-8,0	+1,4	+2,3	-6,7	+4,6	-7,1	+4,1	+2,5
Privater Konsum (real)	-8,8	+3,9	+4,7	+2,0	-8,2	+3,4	-6,3	+5,4	-7,9	+2,9	+2,3	x	x	-7,2	+5,0	+2,5
Öffentlicher Konsum (real)	+0,7	+1,2	+0,8	+0,9	+1,1	+1,0	+1,0	+1,5	+1,2	+1,2	+1,2	x	x	+1,7	+1,5	+0,9
Bruttoanlageinvestitionen (real)	-4,1	+4,0	+4,7	+2,7	-6,4	+2,2	-6,7	+4,1	-7,0	+1,9	+3,2	x	x	-6,0	+3,2	+2,4
Exporte (real)	-11,8	+5,4	+5,5	+3,7	-13,0	+4,7	-9,6	+6,7	-13,3	+4,0	+4,3	x	x	-11,5	+5,5	+3,8
Importe (real)	-11,0	+4,1	+5,8	+3,8	-11,5	+4,6	-7,9	+5,8	-12,7	+3,9	+4,5	x	x	-9,4	+4,8	+3,1
Arbeitsproduktivität ¹	-5,3	+2,7	+2,1	+0,7	x	x	-5,2	+3,4	-5,4	+1,5	+0,8	x	x	-4,6	+2,6	+1,4
BIP-Deflator	+0,9	+0,2	+1,5	+1,7	+2,0	+1,4	+1,7	+1,3	+0,7	+1,1	+1,1	x	x	+2,0	+1,9	+1,6
VPI	x	x	x	x	+1,3	+1,3	+1,4	+1,6	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	+1,3	+1,4	+1,7	+1,7	x	x	+1,4	+1,6	+1,3	+1,3	+1,6	+1,2	+1,8	+1,5	+1,7	+1,7
Lohnstückkosten	+5,8	-0,7	+0,2	+1,9	x	x	+6,0	-2,5	+7,1	+5,8	+2,9	x	x	+6,0	-2,0	+0,6
Beschäftigte ²	-1,9	+0,9	+1,9	+1,5	-2,0	+0,7	-1,6	+1,3	-2,6	+0,0	+1,5	x	x	-2,5	+1,5	+1,2
in % des Arbeitskräfteangebots																
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,3	5,6	5,1	4,8	5,5	5,6	5,4	5,3	+5,6	+5,6	+5,1	5,8	5,5	5,5	5,1	4,9
in % des nominellen BIP																
Leistungsbilanz	2,4	2,4	2,3	2,4	x	x	x	x	+2,9	+3,1	+3,2	2,4	2,5	2,3	2,9	3,2
Budgetsaldo (Maastricht)	-9,2	-6,3	-2,9	-1,4	-10,4	-6,2	-11,7	-6,1	-10,5	-6,7	-2,6	-9,9	-3,9	-9,6	-6,4	-3,7
Prognoseannahmen																
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	41,6	44,0	45,7	46,9	x	x	41,5	47,3	+40,6	+40,0	+40,0	41,7	46,7	42,6	44,6	46,4
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,6	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5	-0,6
USD/EUR-Wechselkurs	1,14	1,18	1,18	1,18	x	x	1,14	1,19	+1,10	+1,20	+1,20	1,14	1,23	1,14	1,18	1,18
Veränderung zum Vorjahr in %																
BIP real, Euroraum	-7,3	+3,9	+4,2	+2,1	x	x	-7,4	+5,6	-7,5	+3,6	+3,3	-8,3	+5,2	-7,8	+4,2	+3,0
BIP real, USA	-3,6	+3,8	+2,2	+1,8	x	x	-4,0	+4,0	-3,7	+3,2	+3,5	-4,3	+3,1	-4,6	+3,7	+2,5
BIP real, Welt	-3,5	+5,6	+3,9	+3,4	x	x	-4,0	+5,3	-4,2	+4,2	+3,7	-4,4	+5,2	-4,3	+4,6	+3,6
Welthandel ³	-9,5	+7,1	+4,3	+3,6	x	x	-8,5	+5,5	-10,3	+3,9	+4,4	-10,4	+8,3	-10,2	+6,2	+4,4

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission.

¹ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.² WIFO: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.³ IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.